Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Abonnementspreis monatlich 50 ₰, ¼jährl. 1.50 ℳ pränum. frei ins Haus. Durch die Post bezogen 1.65 ℳ

„Die Neue Welt" (Unterhaltungsbeilage), durch die Post nicht beziehbar, kostet monatlich 10 ₰, ¼jährlich 30 ₰.

Volksblatt

Sozialdemokratisches Organ

für Halle und den Saalkreis, die Kreise Merseburg-Querfurt, Delitzsch-Bitterfeld, Naumburg-Weißenfels-Zeitz, Wittenberg-Schweinitz, Torgau-Liebenwerda und die Mansfelder Kreise.

Insertionsgebühr beträgt für die 5gespaltene Petitzeile oder deren Raum 15 ₰, für Wohnungs-, Vereins- und Versammlungsanzeigen 10 ₰. Im redaktionellen Teile kostet die Zeile 50 ₰.

Inserate für die fällige Nummer müssen spätestens bis vormittags ½10 Uhr in der Expedition aufgegeben sein

Eingetragen in die Postzeitungsliste unter Nr. 7501.

Telephon-Nr. 1047. Redaktion und Expedition: Geiststraße 21, erster Hof parterre rechts. Telephon-Nr. 1047.

Telegramm-Adresse: Volksblatt Hallesaale.

Nr. 27. Halle a. S., Mittwoch den 2. Februar 1898 9. Jahrg.

Deutscher Reichstag.

29. Sitzung vom 31. Januar.

Die Etatsberatung nahm heute ein schnelleres Tempo an. Der Etat des Reichskanzlers, wie der des Reichsamtes des Innern wurden heute zu Ende beraten. Beim Etat des Reichskanzlers rief nur die von der Regierung beantragte Erhöhung des Reichskanzlergehaltes eine längere Diskussion hervor. Unsere Genossen hatten sich auf eine klare runde ablehnende Erklärung geeinigt, die Singer abgab. Selbstverständlich fehlte in dieser Erklärung der Hinweis auf die große Kluft nicht, die zwischen den Gehältern der höchsten Beamten und denen der Unterbeamten besteht. Die Parteien, denen das Gefühl für die Bedeutung dieser Kluft abgeht, und das sind fast alle bürgerlichen Parteien, stimmten für die Gehaltserhöhung. Beim Etat des Reichsamt des Innern entspann sich bei einer Position, die Gelder für die Ausschmückung des Reichstags enthält, eine eingehende Debatte, die insofern von Wichtigkeit war, als dabei die staatsrechtliche Frage lebhaft diskutiert wurde, ob der Präsident des Reichstages eine selbständige Behörde ist, die zur Abschließung von Privatverträgen berechtigt ist und ob der Reichstag selbst unumschränkter Herr im Reichstagsgebäude ist und nicht etwa der Bundesrat hier ein Wort dreinzureden hat. Von der Linken wurden diese Fragen in vollstem Umfange bejahr, auch das Zentrum neigte sich dieser Ansicht zu, vom Regierungstisch und den Konservativen wurden aber Bedenken laut. Graf Posadowsky sprach dem Reichstagspräsidenten den Charakter der Behörde ab und wollte auch dem Bundesrat gewisse Rechte eingeräumt sehen. Zur Entscheidung kam die grundsätzliche Frage nicht. Man setzte für die Ausschmückung des Reichstags eine Kommission ein, die unter dem Vorsitz des Präsidenten aus Reichstags- und Bundesratsmitgliedern bestehen soll. Auch Genosse Singer stimmte im Gegensatz zu der übrigen Fraktion für diese Kommission, wohl in der Erwägung, es schließlich ganz gleichgiltig ist, ob das Reichstagsgebäude mit Fürstenstandbildern und ähnlichen Dingen mit oder ohne Mitwirkung von Mitgliedern des Bundesrats ausgeschmückt wird oder ob die den Thatsachen nicht entsprechende Inschrift „Dem deutschen Volke" schließlich durch die Bundesratsmitglieder hintertrieben werden oder mit ihrer Mitwirkung angebracht werden könnte.

Den letzten Teil der Sitzung füllte die Beratung des Reichsjustizetats aus, der aber noch nicht erledigt wurde. Abgeordneter Bassermann brachte einige Gesetzesmaterien, die in Vorbereitung sind, den Schutz der Bauhandwerker, den Befähigungsnachweis für Binnenschiffer, die kaufmännischen Schiedsgerichte, zur Sprache. Dann hielt Genosse Auer wieder einmal eine Rede über den Strafvollzug. Er unterließ es nicht, die haarsträubende Behandlung von parteigenössischen Redakteuren an zahlreichen Beispielen zu demonstrieren, nahm sich aber auch der schlecht behandelten Redakteure von Blättern gegnerischer Parteien an, zugleich auf die salongemäße Behandlung der Duellanten hinweisend.

Staatssekretär Nieberding antwortete mit Wenn und Aber. Vor einer Revision des ganzen Strafgesetzes sei an die Regelung des Strafvollzugs nicht zu denken. Die vom Bundesrat im vorigen Jahre erlassene Verfügung hielt der Mann, der ja niemals wegen Preßvergehens gebrummt hat, für ausreichend. Auch der sächsische Generalstaatsanwalt sprach. Er suchte die Fesselung unseres Genossen Schulze wegen Fluchtverdachts zu rechtfertigen. Weiß Herr Rüger denn nicht, daß die Flucht eines sozialdemokratischen Redakteurs seit Menschengedenken nicht vorgekommen ist?

Morgen wird die Beratung fortgesetzt werden.

* * *

Am Bundesratstische: Graf Posadowsky.

Eingegangen ist die **Postdampfer-Subventions-Vorlage.** Die zweite Etatsberatung wird fortgesetzt beim Spezial-Etat **„Reichskanzler und Reichskanzlei".** Darin wird die Erhöhung der Bezüge des Reichskanzlers (bisher 36 000 M. Gehalt und 18 000 M. Repräsentationskosten, zusammen 54 000 M.) auf zusammen 100 000 M. gefordert.

Die Kommission (Berichterstatter Abg. **Bassermann** (natl.) beantragt die Bewilligung der Zulage wegen der gesteigerten Repräsentationskosten des Reichskanzlers.

Abg. **Singer** (Soz.): Wir haben in der Kommission gegen eine Erhöhung gestimmt. Wir meinen, daß wir zuerst für die Gehaltsaufbesserung der kleinen Unterbeamten zu sorgen haben, die jetzt durchaus ungenügend bedacht sind. Bevor diese erheblich besser gestellt sind, sollte von einer höheren Dotierung des Reichskanzlers gar keine Rede sein. Wir sehen die beste Repräsentation des Reiches weniger in rauschenden Festen, als in einer kräftigen Vertretung der Interessen des Reiches. Ich bitte den Herrn Präsidenten, über diesen Punkt eine besondere Abstimmung vornehmen zu lassen, damit auch nicht einmal der Anschein erweckt wird als ob wir in die Erhöhung des Gehaltes stillschweigend gewilligt hätten. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. **v. Kardorff** (Reichsp.) tritt für die Bewilligung ein. Wenn Fürst Bismarck mit dem Gehalte zufrieden war, so war er es nur deshalb, weil er hohe Dotationen außerdem vom Reiche erhalten habe. In Privatgesprächen habe er häufig versichert, daß das Gehalt des Reichskanzlers an sich viel zu niedrig bemessen sei. (Heiterkeit links.)

Abg. **Dr. Lieber** (Zentr.) spricht sich gleichfalls für die Bewilligung aus. Der Reichskanzlerposten müsse so dotiert werden, daß ihn auch einmal ein Minderbemittelter annehmen könne. Daß eine Erhöhung der Unterbeamtengehälter noch nicht durchgeführt sei, bedauerten auch seine Freunde, aber die Erhöhung sei ja für die nächste Session in Aussicht genommen.

Abg. **v. Massow** (kons.) und Abg. **Dr. Hammacher** (natl.) sprechen sich für die Bewilligung aus.

Damit schließt die Diskussion.

Die Forderung wird gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und der Freisinnigen und Süddeutschen Volkspartei bewilligt.

Der Rest des Spezial-Etats „Reichskanzler und Reichskanzlei" gelangt bedeutlos zur Annahme.

Sodann wird die am Sonnabend unterbrochene Beratung des Etats des Reichsamts des Innern fortgesetzt beim Kapitel **„Kanalamt".**

Abg. **Dr. Hammacher** (natl.) hält, um eine Steigerung des Verkehrs herbeizuführen, eine Verlängerung der Ausweichstellen des Kanals von 400 auf 1000 Meter und eine entsprechende Vertiefung für nötig. Trotz der Herabsetzung seien auch die Tarife noch allem Anscheine nach zu hoch.

Abg. **Molkenbuhr** (Soz.) bemängelt, daß die kleinen Schiffe im Nordostseekanal oft tagelang an der Schleuse warten müssen. Acht Tage seien dabei keine Seltenheit. Die Kanal-Verwaltung habe sich in einem solchen Falle damit entschuldigt, daß ein Lustfahrzeug dem Schiffe voranging. Den Wünschen der kleinen Leute sollte die Kanal Verwaltung möglichst entgegenkommen, da für sie der Zeitverlust großen Vermögensverlust bedeute.

Staatssekretär Graf **Posadowsky** erwidert, jedes kleine Fahrzeug könne der Kosten wegen nicht einzeln durch den Kanal geschleppt werden, deshalb müßten sie manchmal warten. Der Fall mit dem Lustschiff sei ihm nicht bekannt. Nur durch mäßige Tarife könne der Verkehr auf dem Kanal gehoben werden. Augenblicklich solle man es aber bei den bestehenden Gebühren lassen. Später kann man dann an eine Art von Abonnement, vielleicht auch an Stoffeltarife denken.

Abg. **Jebsen** (natl.) verlangt möglichst einfache Tarife; von der Einführung eines Abonnements solle man absehen.

Das Kapitel wird darauf bewilligt. Damit ist das Ordinarium erledigt.

Im Extraordinarium beantragt

Abg **Lenzmann** (Freis. Volksp.) den dort geführten Titel: „Zur weiteren Ausschmückung des Reichstagsgebäudes mit Bildwerken und Malereien, sowie zur Beschaffung von kunstgewerblichen Gegenständen für dasselbe 100 000 Mk." hier zu streichen und auf den Etat des Reichstages selbst zu übernehmen.

Die Budgetkommission (Ref. Abg. **Singer**) beantragt folgende Resolution: es möge eine aus 7 Mitgliedern des Reichstages und 3 Mitgliedern des Bundesrates zusammengesetzte Kommission gewählt werden, welche über die Ausschmückung des Reichstagsgebäudes mit Bildwerken und Malereien sowie sonstigen Kunstwerken Vorschläge zu machen und die Ausführung zu überwachen hat.

Abg. **Schmidt**-Elberfeld (Freis. Volksp.) betont, es müsse nunmehr, da das Gebäude im wesentlichen vollendet, auch im Etat klar ausgedrückt werden, daß der Reichstag Herr in seinem Hause sei, wie er es im alten Gebäude thatsächlich gewesen. Von seiten des Bundesrats sei ausgesprochen worden, daß er eine Mitherrschaft gar nicht beanspruche. Deshalb bitte er um Annahme des Antrages Lenzmann, da bei Annahme der Kommissionsresolution die Entscheidung noch um ein Jahr hinausgeschoben werde.

Abg. **Dr. Schneider** (Freis. Volksp.) tritt ebenfalls für den Antrag Lenzmann ein.

Abg. **Dr. Lieber** (Zentrum) weist darauf hin, daß gerade jetzt leicht der Fall eintreten könnte, daß kein Präsident vorhanden sei, der das Hausrecht auszuüben habe. Das Amt des Präsidenten laufe aber mit der Auflösung des Reichstages oder mit der Legislaturperiode ab. Die Regelung der Sache werde deshalb am besten dem neuen Reichstag überlassen.

Abg. **Richter** (Freis. Volksp.) versteht nicht, wie die Budgetkommission überhaupt den Vorschlag machen konnte, daß neben den Mitgliedern des Hauses auch andere Personen über die Ausschmückung entscheiden sollen. Die Rücksicht auf ein eventuelles Interregnum in der Präsidentschaft könne für ihn nicht bestimmend sein. Ein solches kann ja bei dem Auflösungsrecht jedes Jahr eintreten. Der Beschluß der Budgetkommission erklärt sich nur daraus, daß der Vorstand des Reichstages bei der Beratung der Position nicht vertreten gewesen, da sie eben im Etat des Reichsamts des Innern enthalten ist. Er bitte, den Antrag Lenzmann anzunehmen.

Abg. **Rickert** (Freis. Vereinig.) hält die einfache Uebertragung des Postens auf den Etat des Reichstages doch nicht für ganz einfach. Es müsse eine andere Fassung gefunden werden. Er beantrage deshalb Zurückverweisung der Forderung an die Budgetkommission.

Abg. **Singer** (Soz.): Ich sprache jetzt im eignen Namen, nicht für die Budgetkommission. Die Schwierigkeit, daß der Präsident des Reichstages nicht das Recht hat, Privatverträge zu schließen, hat zur Annahme des Kommissionsbeschlusses geführt. Von keiner Seite ist bisher das Recht des Reichstags bestritten worden, solchen allein die Ausschmückung des Gebäudes zu bestimmen. Es ist nur ein Akt der Höflichkeit gegen den Bundesrat, wenn wir seinen Mitgliedern einen gewissen Einfluß darauf einräumen. Unter diesem Gesichtspunkte unterliegt, glaube ich, der Kommissionsbeschluß keinem Bedenken. — Ich will hier noch gleich die Kellnerfrage berühren. Die Kellner hier bekommen jetzt für den Tag der Plenarsitzung 1 M. vergütet. Das reicht bei der schwachen Besetzung des Reichstages, wo die Trinkgelder spärlich fließen, nicht aus. Die Leute müssen sich anständig nähren und bekleiden, um hier bedienen zu können; ich bin wohl allseitiger Zustimmung sicher, wenn ich den Präsidenten bitte, für die Kellner besser als bisher zu sorgen. Die Höhe des Gehalts stelle ich ganz in das Ermessen des Präsidenten.

Staatssekretär Graf **Posadowsky:** Für die Einstellung der Raten für die Ausschmückung in den Etat des Reichsamts des Innern sprechen zwei nächtere Thatsachen. Einmal, daß der Präsident keine Behörde ist, die Privatverträge abschließen kann, dann die Möglichkeit des Interregnums. Daß dem Bundesrat hier auch gewisse Rechte zustehen müssen, ist darin bezündet, daß wir hier Versammlungsräume haben und an den Verhandlungen teilnehmen müssen. Verletzen wir nicht das Selbstgefühl der Parteien.

Abg. **v. Kardorff** (Reichsp.) bittet um Ablehnung des Antrages Lenzmann.

Abg. **Dr. Lieber** (Zentr.) ist grundsätzlich der Meinung, daß der Präsident des Reichstags für den Reichstag Verträge abschließen kann. Die nochmalige Verweisung der Angelegenheit an die Budgetkommission halte er aber für überflüssig.

Die Zurückverweisung der Position an die Budgetkommission wird abgelehnt gegen die Stimmen der Nationalliberalen mit einigen Ausnahmen, der Freisinnigen und der Sozialdemokraten; ebenso der Antrag Lenzmann gegen die Stimmen der Freisinnigen und Sozialdemokraten. Der Titel wird sodann unverändert bewilligt und die von der Budgetkommission beantragte Resolution angenommen.

Die Beratung der Forderung auf Errichtung eines Präsidialgebäudes für den Reichstag (300 000 M.), über die ein Kommissionsbericht, noch nicht vorliegt, wird ausgesetzt.

Zur „Ausrüstung einer Tiefsee-Expedition" fordert der Etat 300 000 Mark.

Hierbei regt Abg. von Kardorff die Errichtung einer Station zur Beobachtung von Erdbeben in Straßburg i. Elsaß an.

Staatssekretär Graf **Posadowsky** stellt die Erfüllung dieses Wunsches im Nachtragsetat in Aussicht.

Der Titel wird bewilligt. Damit ist das Extraordinarium erledigt. Die Einnahmen werden debattelos bewilligt.

Es folgt der **Etat der Reichsjustiz-Verwaltung.** Beim Titel „Staatssekretär" bringt

Abg. **Bassermann** (natl.) den neuen Gesetzentwurf zum Schutz der Bauhandwerker zur Sprache, der nicht weit genug gehe. Redner fragt, wie weit die Erwägungen über die seiner Zeit vom Reichstag geforderte Einführung des Befähigungsnachweises für Binnenschiffer gediehen seien, und wie es mit der Forderung der Schiffersschulen durch das Reich stehe. Schließlich befürwortet Redner die Schaffung kaufmännischer Schiedsgerichte.

Staatssekretär **Nieberding:** Für die Einführung des Befähigungsnachweises für Binnenschiffer und die Förderung der Schiffersschulen ist das Reichsamt des Innern zuständig. Mit diesem schweben auch Verhandlungen über die Einführung kaufmännischer Schiedsgerichte.

Abg. **Rickert** (Freis. Vg.) fragt an, welche Stellung der Staatssekretär zu der Frage einnehme, einen Teil unserer Strafgefangenen nach den Kolonien zu deportieren.

Staatssekretär Nieberding: Die Justizverwaltung hat die Frage erwogen und aufklärend bei der Kolonialabteilung erbeten. Dies hat Gutachten der Gouverneure eingefordert, die sämtlich verneinend ausgefallen sind. Am entschiedensten haben sich die Gouverneure der tropischen Kolonien dagegen ausgesprochen und zwar aus klimatischen Gründen. Dann aber berührten sie, daß durch diese Elemente die Weißen in den Augen der Schwarzen herabgesetzt würden. Die Reichsverwaltung hat demnach keinen Anlaß, sich mit der Frage der Deportation näher zu befassen. (Beifall).

Abg. **Auer** (Soz.): Ich will auch in diesem Jahre wieder die Frage der einheitlichen Regelung des Strafvollzugs zur Sprache bringen. Die Frage ist schon sehr oft hier erörtert worden. Worüber alle Redner sich damals beschwert hatten, war das, daß die politischen Gefangenen durchaus dieselbe Behandlung erfahren, wie die gemeinen Verbrecher. Nun ist zwar am 28. Oktober v. J. eine Bundesrats Verfügung erlassen, deren Vorschriften, wie ich anerkennen will, den Forderungen der Humanität in gewisser Hinsicht Rechnung tragen. Das Schlimmste aber ist, daß alles in das Belieben der Aufsichtsbehörden gestellt ist, während der Reichstag fortgesetzt eine reichsgesetzliche Regelung verlangt. Die Sache selbst liegt jetzt ebenso schlimm wie je, wie auch aus der Petition des allgemeinen deutschen Journalisten und Schriftstellertages zu ersehen, die von Leuten verfaßt ist, die dies großenteils am eigenen Leibe erfahren. In den neuen Vorschriften heißt es, daß die Kost so beschaffen sein muß, daß Gesundheit und Arbeitskraft des Einzelnen nicht gefährdet wird; Selbstbeköstigung soll aber nur ausnahmeweise gewährt werden. Es ist eine Thatsache, daß die meisten das Gefängnis mehr oder minder körperlich gebrochen verlassen, und daran ist nicht zum wenigsten die schlechte Beköstigung schuld. Ferner heißt es, daß bei der Beschäftigung auf Beruf und Bildungsgrad der Gefangenen Rücksicht genommen werden soll. Das klingt sehr human, die Praxis macht aber hiervon keinen Gebrauch. Und das kommt alles daher, daß dies nicht auf dem Wege des Rechtes geschieht, sondern in das Belieben der Aufsichtsbehörden gestellt wird. Und in welcher Weise dieses wirkt, dafür einige Beispiele: Die Genossen Fein und Friedrich waren wegen desselben Preßvergehens ins Lübecker Gefängnis gekommen; dort wurden sie mit Kaffeelefen und Wergzupfen beschäftigt; obendrein wurde noch einem Selbstbeköstigung abgeschlagen, während sie dem anderen gewährt wurde. Häufig wird den Redakteuren auch die Lektüre der Zeitungen verboten, wodurch man es ihnen schwer macht, sich später in ihr Berufsleben gleich wieder hineinzufinden. Auch in Sachen ist die Behandlung durchaus ungleich. Und nicht genug damit, behandelt man dort die sozialdemokratischen Redakteure auf ihrem Transport ins Gefängnis in wahrhaft empörender Weise; ich erinnere an den Fall Edgar Steiger; Steiger hatte sich freiwillig gemeldet und ist doch von Leipzig nach Zwickau gefesselt transportiert worden. Nachher erklärte das die Regierung als einen Mißgriff des Beamten. Noch schlimmer lag der Fall Schulze. Schulze wurde auf dem Transport nach Dresden mit einer Kette um den Leib und mit einer Kette um den rechten Arm gefesselt; die beiden Ketten waren noch untereinander verbunden. In dieser Art und Weise, wie sie vielleicht einem Raubmörder zukommt, einen politischen Redakteur durch das Land zu schleifen, ja, dafür finde ich keinen parlamentarischen Ausdruck, das ist einfach ein Skandal! (Sehr richtig!) — Unser Kollege Dr. Lützenau, der jetzt im Gefängnis sitzt, hat dort die polnische Sprache erlernen wollen; plötzlich wurde ihm dies untersagt; und warum? Weil es hieß, er wolle nach seiner Rückkehr in Dortmund unter den polnischen Arbeitern agitieren; das mußte verhindert werden. Daß es nicht bloß Sozialdemokraten sind, die so behandelt werden, das beweist der Fall Berger, der in der Staatsbürger Zeitung ausführlich dargelegt ist. Und derartige erbärmliche Kleinigkeiten sollen diese Brutalität rechtfertigen.

Der Herr Staatssekretär wird diese Fälle wohl auf Berichten von Unterbeamten zurückführen, aber ich behaupte ja gerade, daß sich alle diese Dinge als mit den bestehenden Verordnungen im Einklang stehend zugetragen haben. (Sehr richtig! links.) Eine

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526218980202-13/fragment/page=0001

Reform dieser Bestimmungen wird vom Reichstag schon seit 28 Jahren verlangt. Der Herr Staatssekretär hat nun im vorigen Jahre gesagt: Beschweren Sie sich doch an der zuständigen Stelle. Als ich daraufhin ein sozialdemokratischer Redakteur, der im Gefängnis zu Hameln mit Stuhlflechten beschäftigt wurde, beim Minister des Innern beschwerte, lautete die Antwort: Gerade mit Rücksicht auf seine individuellen Verhältnisse sei er so beschäftigt. Das Stuhlflechten sei eine reinliche Arbeit, leicht zu erlernen und ohne große Körperkraft auszuführen. Der Mann ist früherer Gymnasiallehrer! Das heißt doch zum Schaden noch den Hohn fügen! (Sehr richtig! links.) Wenn man sagt: eine Besserung sei da nicht möglich, so verweise ich auf die Behandlung der Duellanten. So konnte ein Graf Uexküll, der seinen Gegner im Duell erschossen hatte, sich die Zeit in der Festung mit Lesen, Rauchen, Trinken und Essen vertreiben und wenn er ausging, mußte die Schildwache präsentieren. Ganz anders schildern die Schriftsteller Dr. Wrede und Förster das Leben auf der Festung Weichselmünde. Der letztere hat noch Monate nach Verlassen dieser „Sumpflöcher" am Fieber gelitten. — Wann endlich wird der Strafvollzug reichsgesetzlich einheitlich geregelt werden, so daß es eines Kulturstaates würdig ist. (Lebhafter Beifall links.)

Staatssekretär **Nieberding**: Diese Regelung ist nicht möglich, bevor nicht eine Revision des Strafgesetzbuchs erfolgt. Eine Bevorzugung der Presse ist nach dem jetzigen Strafgesetzbuch nicht möglich, da dies keine Standesunterschiede kennt. Es läßt nur Rücksichtnahme auf die individuellen Verhältnisse zu, wie das in der Bundesratsbestimmung zum Ausdruck kommt, doch mußten die Einzelstaaten erst Ausführungsbestimmungen dazu erlassen und so hat sich die Wirkung etwas verhütet eingestellt. Für Duellanten schreibt das Strafgesetzbuch selbst mildere Strafen vor. Die Verschiedenartigkeit der Fälle in Stuttgart und Weichselmünde erklärt sich dadurch, daß der erstere die Militärverwaltung angeht. Beim Militärstat kann Herr Auer den Fall ja wieder zur Sprache bringen. Der Abg. Auer hat gemeint, es handle sich bei der Behandlung der Duellanten gar nicht um abnorme Fälle. Nun, die Vorschriften sind jedenfalls korrekt; um die Praxis in den einzelnen Anstalten kann ich mich nicht kümmern, ich verwahre mich aber gegen die Ausdrücke „Roheit" und „Skandal" und nehme die Beamten gegen beweislose Anklagen in Schutz. (Bravo! rechts.) Ich muß auch dagegen protestieren, daß sich der Minister des Innern bei der Beantwortung einer Beschwerde über den Strafvollzug von der Stimmung der Ironie hat leiten lassen. (Abg. Bebel: Na, na! Heiterkeit.) Sie hätten mir von diesem Falle vorher Mitteilung machen sollen, dann hätte ich mich selbst unterrichtet oder dafür gesorgt, daß das preußische Ministerium des Innern hier vertreten war. Solche Dinge sind nicht auf Grund einseitiger Plaidoyers zu entscheiden. Wir sind aber nicht in der Lage, die Verteidigung zu führen, wenn Sie uns mit Ueberrasch ungen kommen. (Sehr richtig! rechts.)

Sächsischer Generalstaatsanwalt Geh. Rat Dr. **Rüger**: Ueber den Fall Schulze bin ich orientiert. Schulze war kurz vor seinem Eintritt in die Redaktion der Sächs. Arbeiterzeitung noch Bäckerlehrling. Er war fluchtverdächtig, weil er noch 17 Monate Gefängnis zu verbüßen hatte. In solchen Fällen ist beim Transport über belebte Straßen Fesselung ausdrücklich vorgeschrieben. Die Kette war übrigens ganz leicht. (Lachen links.) Der Transport vollzog sich in einer Droschke und niemand hätte von der Fesselung etwas bemerkt, wenn Schulze nicht einem vorübergehenden Freunde die Ketten absichtlich gezeigt hätte. (Lachen links.)

Württembergischer Ministerialdirektor **v. Schickler** giebt zu, daß, wenn die Angaben Auers richtig sind, der Graf Uexküll zu milde behandelt worden ist, er bezweifelt aber die Richtigkeit der Angaben des Berichts, auf den sich Abg. Auer gestützt habe.

Abg. **Trimborn** (Centr.) befürwortet eine stärkere Besetzung der überlasteten Zivilsenate beim Reichsgericht, damit bei Neubildung von Senaten Kräfte vorhanden sind, die mit den Geschäften des Reichsgerichts bereits vertraut sind.

Staatssekretär **Nieberding** sagt dem Vorredner zu, daß er seine schätzbare Anregung thunlichst berücksichtigen werde.

Hierauf wird die Sitzung vertagt. Nächste Sitzung: Dienstag 2 Uhr (Fortsetzung der heutigen Beratung, Postetat.)

Tagesgeschichte.

*„ **So muß man's machen.** Die Finanzdeputation der 1. Kammer in Dresden lehnte den Gesetzentwurf über die geplante Vermögenssteuer ab. Obwohl die Besteuerung „so vorsichtig" wie möglich veranschlagt war, hat man doch dieselbe abgelehnt. Es ist ganz gut so. Auf der einen Seite beschneidet und verschlechtert man das Wahlrecht und das Vereins- und Versammlungsrecht, auf der anderen Seite lehnte man eine nur minimale Besteuerung der reichen Leute ab. Die Regierung mag nur so fortfahren bis zur Reichstagswahl, dann sind wir Hahn im Korbe.

*„ **Nicht bestätigen** soll sich die Meldung vom Duell des Grafen Bismarck mit dem Oberpräsidialrat Maubach. Eine andere Meldung hinzugen besagt, daß die Ursache des Duells darin zu suchen sei, daß bei einer Gesellschaft, die Graf Bismarck gegeben, Maubach, bevor er die Gesellschaftsräume betrat, sich noch einmal in sein Arbeitszimmer begeben wollte. Dieses war jedoch ausgeräumt und in ein Garderobezimmer umgewandelt. Im Unmut über dieses Arrangement, von dem er vorher nicht verständigt worden war, that Dr. Maubach eine abfällige Aeußerung über die Gemahlin des Oberpräsidenten. Dies hatte seine Herausforderung zum Zweikampf durch den ihm vorgesetzten Oberpräsidenten zur Folge. Und wegen einer solchen Lappalie schießen sie sich gegenseitig tot.

*„ **Sie fürchten sich!** Der konservative Parteitag, der in diesem Monat in Dresden stattfindet, wird nach dem einstimmigen Beschlusse des Elter Ausschusses zum Reichstagswahlrecht keine Stellung nehmen. Warum er das vor den Wahlen nicht thut, wird leicht begreiflich.

*„ **Die Reichstagsstichwahl** in Homburg-Kusel hatte das Ergebnis, daß der Nationalliberale Schmitt mit 8851 Stimmen gewählt wurde. Der Bündler Lucke erhielt 7846 Stimmen. Schmitt hat sich den Forderungen des Bundes der Landwirte fast vollständig angeschlossen; die Nationalliberalen wollen ihn zwar in ihre Fraktion aufnehmen, jedoch ist es bekannte Thatsache, daß er mehr zum Bunde der Landwirte hinneigt, als sich an das Programm der Nationalliberalen bindet. Der „Sieg" der Nationalliberalen ist deshalb ein recht zweifelhafter.

*„ **Die Landtagsersatzwahl** in Meseritz-Bomst (Reg.-Bez. Posen) fand am Sonnabend statt. Gewählt wurde der konservative Landschaftsdirektor v. Staudy mit 366 von 244 Stimmen. Die 122 Stimmen erhielt Probst Eny (Pole)

*„ **Wegen Kaiserbeleidigung** wurde von der Strafkammer in Pankow bei Berlin die Frau Hedwig Gockel zu 4 Monaten Gefängnis verurteilt. Als ein Gerichtsvollzieher bei ihr eine Pfändung vornahm, schimpfte sie bei dem Fortziehen desselben mächtig auf ihn. Einige Frauen ermahnten sie zum Schweigen, da der Gerichtsvollzieher ein königlicher Beamte sei. Des brachte die erregte Frau nur noch mehr in Wut und eine diesbez. Aeußerung veranlaßte die Bestrafung.

*„ **Wegen Kaiserbeleidigung** wurde der Kellner Paul Sch. vom Landgericht zu Kottbus zu 9 Monaten Gefängnis verurteilt. Er hatte betr. Aeußerung auf der Verpflegungsstation zu Petz gethan.

Arbeiterbewegung.

Der Einigungsvorschlag des Berliner Gewerbegerichts über den Schuhmacherstreik wurde am Sonntag in öffentlicher Versammlung nach lebhafter Debatte angenommen. Nur wurde beschlossen, die Arbeit erst am Dienstag unter der Voraussetzung wieder aufzunehmen, daß die Arbeitgeber die Arbeitnehmer an der speziellen Verwaltung des von den Fabrikanten errichteten Arbeitsnachweises sich beteiligen lassen. Wenn die Fabrikanten diese Forderung ablehnen, dann soll die Arbeit ruhen und das Einigungsamt des Gewerbegerichts von neuem angerufen werden.

Stadtverordneten-Sitzung

vom Montag, den 31. Januar, nachmittags 4 Uhr.

Der Stadtverordneten-Vorsteher Dittenberger giebt einige Entschuldigungen bekannt, verliest eine Petition des Geflügelzüchtervereins und läßt dann das Protokoll der Sitzung vom 24. Januar verlesen. Hiergegen wird nichts eingewendet, worauf in die Tagesordnung eingetreten wurde. Da zum 1. Punkt der Referent fehlt und der 2. Punkt noch nicht genügend vorbereitet worden ist, wurde der

3. Punkt: **Errichtung von Knaben- und Mädchenhorten in der Schule an der Hermannstraße,** zuerst erledigt. Die Versammlung lehnte in der Sitzung vom 17. Juli v. J. die Errichtung eines Knaben- und Mädchenhortes in den Räumen der alten Schule an der Hermannstraße ab und gab dem Magistrat anheim, später eine billigere Vorlage besonders zu unterbreiten. Das Stadtbauamt hat den Kostenanschlag, der mit 5200 Mark abschließt, aufgestellt. Da die Unterrichtsräume aber ohne Beseitigung der einspringenden Pfeiler nicht benutzbar seien, könnte eine erhebliche Verbilligung nicht erzielt werden. Die Versammlung weist die Vorlage noch einmal an den Magistrat zurück, um einen neuen Kostenanschlag feststellen zu lassen.

Punkt 1: **Feststellung des Fluchtlinienplanes und der Nivellements für neue Straßenzüge östlich der Magdeburger- und der Forsterstraße,** wird hierauf, weil der Referent nachträglich erschienen ist, beraten. Der Magistrat beantragt nach einem vorgelegten Plane, die bezeichneten Fluchtlinien bezw. Nivellements festhaften zu wollen und läßt dazu bemerken, daß die sämtlichen bei den vorbezeichneten Fluchtlinien angegebenen Eckverbrechungen durchweg eine Schenkellänge von je drei Metern erhalten sollen. Die Versammlung tritt dem Antrage des Magistrats und den dazu von der Baukommission gestellten Anträgen bei. Zum 4. Punkt fehlt der Referent und die in den Punkten 6 bis 10 aufgezählten Gegenstände sind noch nicht genügend vorgembeitet. Sie mußten also vertagt werden.

Punkt 5: **Feststellung des Haushaltplanes des Wasserwerks für 1898/99** wird angenommen. Der Haushaltsplan balanciert in Einnahme und Ausgabe mit 510 219.81 Mk.

Punkt 11: **Antrag bezüglich Herstellung eines zweiten Zuganges für den Personenverkehr zum Zentralbahnhof durch Unterunnelung der Schienengeleise,** wird ebenfalls durch Annahme erledigt.

Punkt 12: **Antrag betr. unentgeltliche Lieferung der Lernmittel** für die Kinder der Volksschule und Einstellung von 20 000 Mk. in den Etat für 1898/99.

Für die Volksschüler und zur Entlastung der unbemittelteren Klassen unserer Stadt war von den beiden sozialdemokratischen Stadtverordneten Krüger und Albrecht in voriger Sitzung ein Antrag gestellt worden, wonach das Stadtverordneten-Kollegium zur unentgeltlichen Lieferung der Lernmittel für die Kinder der Volksschule einen Betrag von 20 000 Mark bewilligen und diesen in den Etat von 1898/99 einstellen sollte. Dieser Antrag kam in heutiger Sitzung als Punkt 11 zur Beratung und war für uns das Wesentlichste von den Verhandlungsgegenständen.

Der Referent Krüger weist darauf hin, daß die Lehrerschaft erfreulicherweise bisher dieser Frage großes Interesse entgegenbringe. Seiner Meinung nach sei aber die durch den Magistrat veranschlagte Summe von 75 465.64 M. zur erstmaligen Beschaffung der qu. Lehrmittel zu hoch. Er habe mit Lehrern über die Angelegenheit gesprochen und sich dann ein Exempel gemacht, wonach ca. 3 M. auf den Kopf des Schülers zur Beschaffung der Lernmittel zu rechnen wären. In Halle giebt es etwa 12 500 Schulkinder und würde demgemäß eine Summe von 36 37 000 Mark erforderlich sein. In erster Linie komme es ihm, Redner, darauf an, daß sich die Versammlung im Prinzip für die unentgeltliche Lieferung der Lernmittel erklärt. Es müsse doch in Erwägung gezogen werden, daß nicht jedes Jahr neue Bücher gebraucht werden. Bei der Stellung des Antrages sei man davon ausgegangen, den kleinen Handwerker und den Arbeiter zu entlasten, und es müsse doch zugegeben werden, daß in der ärmsten Bevölkerung die stärksten Familien zu verzeichnen sind. Das Gute des Antrages, für dessen wünschenswerte Annahme verschiedene Momente sprechen, müsse doch jedenfalls anerkannt werden. Es sei auch darauf hinzuweisen, welche Zuschüsse an die höheren Schulen seitens der Stadt gezahlt werden und daß die Zuschüsse gestiegen sind, z. B. an der Oder Realschule von früher 107 auf jetzt 126 Mark pro Kopf. Den ärmeren Familienvätern mit zahlreichen Kindern wird es vor Ostern sehr schwer die Lernmittel zu beschaffen. Der von der Stadt im Etat eingestellte Betrag von noch nicht 3000 Mark zur Beschaffung der Lernmittel für ganz arme Kinder reiche nicht aus, denn die Kinder hätten zuweilen monatelang nicht die nötigen Bücher. Würden die Bücher und dergleichen Utensilien für die Schule in Masse gekauft, so könnten auch die Verfasser eventuell noch einen ganz hübschen Rabatt gewähren, der jedenfalls bei der durch den Magistrat veranlaßten Aufstellung nicht in Abrechnung gekommen ist. Die Händler geben jetzt schon bei Einkäufen von Büchern und dergleichen Kleinigkeiten zu. Gegen den Antrag wird eingewandt, daß die Eltern durch die freie Lehrmittelieferung nicht das Interesse am Lernen der Kinder haben würden. Diese Einwendung ist aber nicht stichhaltig, denn jeder Familienvater, der es mit seinen Kindern gut meint, wird seinen Kindern bei dem Lernen stets gern zur Hand gehen. Auch dem Dankbarkeitsgefühl der Kinder wird durch die freie Lehrmittellieferung nicht entgegengewirkt werden, und daß die Begehrlichkeit dadurch gesteigert werde, könne man wohl nicht gut annehmen; die sozialen Ungleichheiten, die existieren, bedingen die Begehrlichkeit. Den Minderbemittelten muß geholfen werden. Wird jedoch der Antrag abgelehnt, so wirkt die Ablehnung für die Sozialdemokratie agitatorisch. Ihm, Redner, liege aber weniger an dem agitatorischen Wert, sondern es komme ihm auf die Forderung der Sache, auf die Hebung der Bildung und Sitte an, welche die Bewilligung der 20 000 M. erheischt. Bezüglich der Deckung des Betrages sei anzuführen, daß früher zur der Erhöhung Lehrergehälter 80 000 M. beschafft werden mußten und beschafft worden sind, die finanzielle Seite könne bei diesem viel geringeren Betrage also kein Hindernis sein. Es ist die moralische Pflicht der besitzenden Klassen, die Volksschule zu heben, und deshalb bitte er, dem Antrage Sympathie entgegen zu bringen.

Ober-Bürgermeister Staude bittet im Namen des Magistrats, den Antrag abzulehnen. Der laufende Etat sei schon im Druck und würden durch Einstellung der 20 000 M., die doch keine Kleinigkeit sind, dem Magistrat Schwierigkeiten bereitet werden. Der Antrag Krüger und Albrecht biete nichts Zurechtendes. Entweder man liefere nur für die armen Kinder Lehrmittel oder für alle Volksschulkinder, etwas anderes gebe es nicht. Den allgemeinen Anschauungen Krügers könne er nicht beitreten, und der Vergleich der Volksschulen mit den höheren Schulen ziehe bei ihm nicht mehr.

Die Antragsteller gingen von einem unrichtigen Standpunkte aus. Wenn Krüger bezweifele, daß die unentgeltliche Lieferung der Lernmittel in Beziehung auf den zu fordernden Betrag richtig geprüft sei, so müsse entgegnet werden, daß mit der größten Sorgfalt dabei zu Werke gegangen ist. Auch dürfe man nicht annehmen, daß alle Kinder der Volksschule arm sind. Nur ein kleiner Prozentsatz sei als wirklich arm zu bezeichnen.

Stadtv. Albrecht meint, aus der Unruhe, die sich während der Ausführungen des Kollegen Krüger geltend gemacht habe, konnte man schon die Antipathie gegen den Antrag folgern. Wenn von gewisser Seite etwas unternommen werde, so denke das Kollegium schon, es solle ein Stück Sozialismus in die Gesellschaft eingeführt werden. Der Staat verlangt den Lehrzwang und sei infolgedessen auch verpflichtet, unentgeltlich Lehrmittel zu liefern. Der Impfzwang besteht und mit ihm auch die unentgeltliche Impfung, und von dem Soldaten verlange man jedenfalls auch nicht, daß er sich bei dem Eintritt in den Dienst Waffen mitbringe. Er, Redner, wisse aus eigener Erfahrung, daß seine Kinder jährlich nicht mehr wie ca. 3 M. pro Kopf für Lernmittel aufbrauchten. Es würde wohl nicht schlimm sein, wenn die Summe von 3000 M. im Etat für Lernmittel an arme Kinder auf 20 000 M. erhöht würde. Bei anderen Angelegenheiten, die nicht so dringend waren, seien schon bedeutend höhere Beträge bewilligt worden. Wie häufig würden die Gehälter der oberen Beamten erhöht, da kommen bald 20 000 Mark zusammen, und reichen die geforderten 20 000 Mark für die Kinder nicht zu, nun dann bewilligt man im nächsten Jahre mehr. Wenn der Ober-Bürgermeister auf die hohen Schulgelder der besitzenden Klassen hingewiesen habe, so müsse demgegenüber erwidert werden, daß die Nichtbesitzenden nichts dafür können; schaffe man eine einheitliche Schule für alle Bürger, dann würden nicht mehr die doppelseitige Schulgelder gezahlt werden. Ueber die Begehrlichkeit der Arbeiter brauche wahrlich nicht geredet zu werden, denn die Begehrlichkeit in den höheren Kreisen sei wahrhaftig groß genug.

Stadtschulrat Krähe betont wiederholt, daß die Prüfung bezüglich der erforderlichen unentgeltlichen Lehrmittel gewissenhaft und sorgfältig vorgenommen sei. Wenn dem Stadtverordneten Krüger einige Lehrer andere Angaben gemacht hätten, so seien diese Lehrer nicht richtig informiert gewesen. Die Sache sei nicht etwa mit Voreingenommenheit behandelt worden.

Kommerzienrat Bethcke meint, daß die angeschnittene Frage wohl zum Denken Veranlassung gebe. Der Unterschied in den Schulen werde aber jedenfalls noch bestehen bleiben müssen, so lange kein wirksames Mittel zur Beseitigung der Ungleichheiten angegeben werde. Es werde immer von großer Armut gesprochen, dabei habe man aber hier in Halle mit einer eigentlichen Armut gar nichts zu thun. Wenn man die Kinder, die in die Volksschule gehen, als arm bezeichne, so sei das eine Verkennung der hiesigen Verhältnisse. In Halle seien solche Lohnverhältnisse, daß die Arbeiter hier nicht nur ein mäßiges, sondern ein ganz angenehmes Leben führen können.

Der Vorsitzende giebt hierauf bekannt, daß ein Schlußantrag eingegangen ist. Der Stadtv. Albrecht wendet sich gegen den Schlußantrag mit dem Bemerken, daß er wohl begreife, daß den Herren im Sitzungssaale die Diskussion unangenehm sei. Er, Albrecht, habe noch einiges zu entgegnen, wenn ihm aber das Wort abgeschnitten werde, so könne er auch nichts dagegen thun. Der Schlußantrag wurde mit großer Majorität angenommen, worauf nur noch der Referent Krüger das Schlußwort bekam. Redner weist nochmals darauf hin, daß seine Informationen in der Angelegenheit ebenfogut aus Lehrerkreisen herrühren, wie die des Stadtschulrat Krähe, und wenn letzterer die Richtigkeit seiner Krügerschen Informationen anzweifele, so könne er, Krüger, jedenfalls auch die Krähe'schen Informationen anzweifeln. Hier stehe der Sachverständige dem Sachverständigen gegenüber. Wenn der Herr Kommerzienrat Bethcke meine, von eigentlicher Armut sei in Halle gar keine Rede, so möchte er, Redner, ihn, Bethcke, doch einmal bitten, sich zu informieren. Die Arbeiter denken über ihre Lage nicht so günstig, wie der Herr Kommerzienrat über die seinige denken kann. Man könne nicht nur die als arm betrachten, welche Armenunterstützung erhalten; es giebt auch sonst noch Leute genug, die mit der Not des Lebens schwer zu kämpfen haben. Der Etat gerate nicht gleich ins Schwanken, wenn die 20 000 Mk. bewilligt würden. Er bitte nochmals um Annahme des Antrages. Die Abstimmung ergab, daß der Antrag gegen die Stimmen der Stadtverordneten Krüger und Albrecht abgelehnt wurde.

Zum Punkt 13: **Petition Weber,** fehlt der Referent.

Punkt 14: **Regulierung des Postvorplatzes und des Martinsberges,** (vertagt werden dazu 3000 M.) wird nochmals zur Prüfung an den Magistrat zurückverwiesen.

Zum Punkt 15: **Betreffs Klage des sozialdemokratischen Wahlkomitees und des Tischlermeisters Reiwand gegen die Giltigkeit der Stadtverordnetenwahl (3 Abteilung) bei dem Bezirksausschuß in Merseburg,** wurde beschlossen den Stadtv. Dr. Keil als Vertreter des Kollegiums in der Sache walten zu lassen. Er soll und wird im Sinne der Beschlußfassung über die Angelegenheit des Stadtverordneten-Kollegiums wirken.

Lokales und Provinzielles.

Halle a. S., 1. Februar 1898.

* **Infolge übergroßen Stoffandrangs** — Reichstags- und Stadtv.-Bericht 2c. sind wir leider gezwungen, verschiedene wichtige Notizen: Resumee über die Lehrmittelfreiheit, Gehaltserhöhung der Herren. Bürgermeister 2c. auf morgen zurückzustellen.

* **Geschlossene Sitzung des Stadtverordneten-Kollegiums.** Nachdem ein Oberfeuermann und 2 Polizeisergeanten angestellt sind, entwickelte sich eine lebhafte Debatte über eine von der Finanz-Kommission vorgeschlagene Erhöhung der Gehälter der beiden Bürgermeister. Die Kommission schlug vor, das Gehalt des Herrn Oberbürgermeisters Staude von 10 auf 12 000 M., außer den 3000 M. Repräsentationsgeldern, welche derselbe erhält, und das Gehalt des Herrn v. Holly von 8 auf 10 000 M. zu erhöhen. Herr Stadtv. Sieckner als Referent trat mit großer Wärme für den Antrag ein, was nicht zu verwundern ist. Herr Friedrich beantragte Vertagung der Angelegenheit, um, wie aus seinen Ausführungen hervorging, wenigstens etwas zu retten. Stadtv. Albrecht sprach für die Vertagung, weil die Sache so plötzlich der Versammlung vorgelegt wurde. Nachdem der Vertagungsantrag abgelehnt war, trat Stadtv. Bethcke gleichfalls warm für den Antrag ein, derselbe verstieg sich sogar zu der Aeußerung, daß doch das ganze Wohl und Wehe der Stadt und ihrer Einwohner von den beiden Bürgermeistern abhänge. Stadtv. Albrecht wandte sich ganz entschieden gegen jede Erhöhung der Gehälter, indem er darauf hinwies, daß die Stadt Halle auf Grund ihrer ganzen Verhältnisse nicht in der Lage sei, solche Gehälter wie Magdeburg, Leipzig, Dresden 2c. auch nur annähernd zu bezahlen. Auch forderte Redner vor allen Dingen bessere Löhne für die städtischen Arbeiter, welche noch zum großen Teil 25—35 Pf. pro Stunde erhielten; das mache jährlich 750—1000 M. bei voller Beschäftigung aus, und hier wolle man nur so herumwerfen mit Tausenden. Redner hoffe nicht, daß man auch hier den Standpunkt des Abg. Stumm teile, daß ein Minimallohn von 1500 M. eine maßlose Forderung sei. An dem vorliegenden Antrag könne man wieder einmal den Maßstab der Begehrlichkeit in den oberen Schichten anlegen, wovon man bei den Arbeitern immer spreche. Der Antrag wurde schließlich mit 20 gegen 30 Stimmen abgelehnt.

* **Die Jungfernreden** der bürgerlichen Stadtverordneten, wie wir sie in letzter Zeit gehört haben, lassen für uns die Wahlen des vergangenen Jahres in einem eigentümlichen Lichte erscheinen. Nachdem Herr Rechtsanwalt Lembser sich vor kurzem gelegentlich einer Debatte über die Installa-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526218980202-13/fragment/page=0002

tion der Wassermesser eine entschiedene Abfuhr geholt hatte, passierte gestern einem der neuen „Stadtväter“ ein ähnliches Malheur. Es handelte sich um die Anstellung eines Polizeibeamten, bei welchem ein Defekt an der Kniescheibe erwähnt und gewünscht wurde, daß die Mediziner aus der Versammlung sich dazu äußern möchten. Herr Dr. Lehmann hielt sich für den Berufenen und erklärte die „Kniescheiben-Erkrankung“ für bedenklich, mußte es aber erleben, daß Herr Prof. Kohlschütter darauf erwiderte, daß „Kniescheiben-Erkrankung“ gar kein medizinischer Begriff sei und er sich nicht für kompetent halten würde, ohne nähere Kenntnis von der Sache ein Urteil zu fällen. Daß die Wähler der Bourgeois-Parteien hiernach selbst nicht in glänzendem Lichte erscheinen, wenn ihre Vertreter sich derartig blamieren, dürfte ihnen schließlich auch einmal aufdämmern.

* **Das Bürgerrechtsgeld aufgehoben.** Das, was die Sozialdemokratie schon jahrelang für notwendig und gut befunden und deshalb in ihr kommunales Wahlprogramm aufgenommen hat, scheint nun auch unser Magistrat als richtig anzuerkennen, denn er hat der Stadtverordneten-Versammlung folgenden Antrag zugehen lassen, der wert ist, im Wortlaut wiedergegeben zu werden:

„Die Erhebung des Bürgerrechtsgeldes scheint dem Magistrat mit der modernen Entwickelung des Verkehrslebens mit der neuen Gemeindesteuer-Gesetzgebung und der dadurch bedingten veränderten Berechtigung der Stadtbewohner zur Teilnahme an den Wahlen und dem sonstigen Gemeindeleben in einem Widerspruch zu stehen, der die Beseitigung des veralteten Instituts wünschenswert macht. Zur Unterstützung dieser Ansicht weist der Magistrat darauf hin, daß von sämtlichen preußischen Städten mit mehr als 50000 Einwohner neben Halle a. S. nur noch Hannover Bürgerrechtsgeld erhebt. Da in Hannover wegen der dort geltenden Städteordnung die Verhältnisse anders liegen, so ist Halle a. S. die einzige größere Stadt im Bereiche der Städteordnung vom 30. Mai 1853, die Bürgerrechtsgeld erhebt. Diese exceptionelle Stellung hält der Magistrat für **keine ruhmvolle**, sondern für das Ansehen unserer Stadt schädigend. Um so weniger liegt Veranlassung zur Beibehaltung des Bürgerrechtsgeldes vor, als der finanzielle Ausfall nicht bedeutend ist. In dem Etat ist der Ertrag mit 7200 M. eingestellt. Dieser Einnahme stehen verhältnismäßig sehr große Ausgaben entgegen, weil dieselbe sich aus zahlreichen kleinen Posten zusammensetzt. Es bedarf außerordentlich vieler Schreibereien, Portoausgaben und dergl., um das Bürgerrechtsgeld einzubringen.“

Durch diese Begründung hat der Magistrat unserer Agitation für die Aufhebung des Bürgerrechtsgeldes nachträglich seine Sanktion erteilt. In der Begründung ist alles das ausgeführt, was wir in unseren Versammlungen über diese veraltete Einrichtung gesprochen haben, und man könnte fast meinen, die Begründung sei verfaßt worden nach einem Stenogramm über eine derartige Versammlung. Nicht sehr schmeichelhaft ist es allerdings für den Magistrat, wenn er die exzeptionelle Stellung Halles als keine ruhmvolle bezeichnet und doch selbst diesen „keineswegs ruhmvollen“ Zustand jahrelang duldete.

* **Die beleidigten Referendare.** Das hiesige Landgericht hat am 26. Oktober v. J. den Gymnasial-Oberlehrer Herm. Naundorf aus Torgau wegen Beleidigung von 5 Referendaren zu 50 M. Geldstrafe verurteilt. Am 16. Febr. v. J. unterhielt sich Herr N. in einem öffentlichen Lokale mit anderen Herren über deutsche und amerikanische Verhältnisse. Ein Kaufmann sprach von der Ueberhebung einzelner Stände, besonders der Referendare, und N. stimmte ihm bei, wobei er die Aeußerung that: „Die jungen Kerls verstehen ja nichts“. Dies hatte ein am Nebentische sitzender Referendar gehört, der nun dagegen protestierte. N. verbot ihm, sich in das Gespräch zu mischen. Der Referendar erzählte nun den Vorfall vier anderen Referendaren und diese sandten am nächsten Tage einen der Ihrigen, einen Herrn B. zu N. mit der Aufforderung, er solle erklären, daß er sie mit jener Aeußerung nicht habe beleidigen wollen. Herr N. weigerte sich, eine solche Erklärung abzugeben und sagte, die Herren sollten sich lieber auf einen gewissen Körperteil setzen und erst etwas lernen. Nunmehr überreichte B. ihm eine Forderung der 5 Referendare auf Säbel. N. erwiderte darauf: „Gestatten Sie, daß ich lache!“ und lehnte das Duell mit Rücksicht auf seine Stellung ab. Nunmehr stellten die 5 Referendare Strafantrag und das Gleiche that deren Vorgesetzter. Das Landgericht erblickte in der ersten Aeußerung in dem öffentlichen Lokale keine Beleidigung, da sie lediglich die Aeußerung des Kaufmannes habe abschwächen sollen. Dagegen wurde in der Körperteil-Aeußerung eine Beleidigung erblickt, da der Angeklagte die Referendare mit Schuljungen verglichen habe, denen er keine Erklärung zu geben brauche. — In seiner Revision behauptete der Angeklagte, das Urteil sei widerspruchsvoll. Wenn die erste Aeußerung nicht beleidigend war, so hätten die Referendare nicht die Zurücknahme verlangen können. Seine Aeußerung über den Körperteil könne aber als Beleidigung nicht angesehen werden, da darin höchstens ein übel angebrachter pädagogischer Rat liege. — Das Reichsgericht erkannte aber in der gestrigen Sitzung doch auf Verwerfung der Revision.

*** **Unsere Bureaukratie.** Anläßlich des Falles Hotang von Torgau, zu dem wir kürzlich unter Lokales mitteilten, daß der Lokomotivführer Hotang zwischen den Stationen Mockrehna und Torgau am 13. Dezember v. J. durch sein entschlossenes Handeln ein großes Eisenbahnunglück verhütete und dieserhalb die horrende Belohnung von **2 Mark** zugesprochen erhielt, teilt jetzt, da die Notiz begreiflicherweise durch die gesamte Presse Deutschlands ging, ein Eisenbahn-Beamter einem Berliner Blatte mit, daß es sonst üblich sei, Belohnungen bis zu 300 M. für abgewendete Unglücke an die betr. Bahnangestellten zu verabreichen, aber sie müßten erst einen derartigen Antrag stellen. Hotang habe einen derartigen Antrag nicht gestellt, ergo könne er kein so hohes Geschenk verlangen. Und da sage noch einer, unsere Eisenbahn-Verwaltung stände nicht auf der Höhe der Zeit. — Es wird weiter zu dieser Angelegenheit noch mitgeteilt, daß die Abwendung drohender Bahnunglücke sehr häufig geschieht, auf der Strecke Halle—Köthen—Magdeburg sind im vergangenen Vierteljahre allein drei Bahnbeamte belohnt worden. Wie hoch, wissen wir nicht und ob auf oder ohne Antrag, davon sagt die betreffende Notiz leider auch nichts.

*** **Eine vorübergehende Trübung des Wassers** wird morgen, Mittwoch, und die folgenden Tage eintreten, so macht die Verwaltung der Gas- und Wasserwerke bekannt. Davon betroffen werden die westlich von der Liebenauerstraße, dem Steinweg, der Neuen Promenade, der Poststraße, der Alten Promenade, der Geiststraße und der Bernburgerstraße gelegenen Stadtteile. Es werden nämlich an dem Hauptrohrstrang der Wasserleitung auf der Neuen Promenade Arbeiten vorgenommen, jedoch wird die Wasserzuführung während dieser Zeit nicht unterbrochen. Bloß der Wasserdruck ist ein geringerer.

*** **In dem neuen Postgebäude,** das dieser Tage dem Verkehr übergeben wurde, werden die Unfall-, Alters- und Invaliden-Renten ab heute, 1. Februar, nicht mehr durch das Telegraphenamt, sondern durch das Postamt 1, Eingang Poststraße, Hof rechts (neben der Paket-Annahme- und -Ausgabestelle) ausgezahlt.

*** **Eine Flasche voll Vitriol** fiel beim Aufräumen eines Regals dem Arbeiter Karl Wernecke aus Tennstedt auf den Kopf. Die zerspringende Flasche ergoß ihren gefährlichen Inhalt über den Kopf und erhebliche Verbrennungen im Gesicht und am linken Auge waren die weitere Folge davon.

*** **Der Pferdebahnverkehr unterbrochen** wurde im Laufe des heutigen Vormittags eine halbe Stunde lang durch eine Kohlenfuhre der hiesigen Gefangenenanstalt. Die Fuhre war umgefallen und sämtliche Briketts und Kohlen lagen in der Gr. Ulrichstraße in der Nähe des Kaulenbergs auf den Pferdebahnschienen.

*** **Ein Schornsteinbrand** herrschte Montag abend 6 Uhr in einem Hause in der Schillerstraße. Gefahr war nicht vorhanden.

* **Bandonion-Konzert.** Aus Anlaß des diesjähr. Stiftungsfestes veranstaltet der Gesangverein Freiheit ein Bandonion- und Gesangskonzert im großen Saale des Prinz Karl, worauf Freunde und Gönner aufmerksam gemacht werden und freundlichst eingeladen sind. Näheres durch die Annonce.

* **Aus dem Bureau des Walhallatheaters.** Mit dem heutigen 1. Februar beginnt hier ein gänzlich neuer Spielplan und zugleich das zehnte Jahr seines erfolg- und ruhmreichen Bestehens.

*** **Eisleben.** Erderschütterungen und kein Ende. Am Sonnabend nachmittags und abends machten sich wieder mehrere heftige Erderschütterungen bemerkbar und zwar ¾4, kurz vor 4, um 5, ½7 und um 10 Uhr abends. Die Erderschütterungen sind so stark aufgetreten, daß die Gasthöfe Bairischer Hof, Weintraube und Vier Linden infolge starker Beschädigung binnen acht Tagen geräumt werden müssen. Durch diese neuen Erschütterungen machen sich auch die Folgen der am 30. Dezember v. J. stattgehabten stark bemerkbar. Die Risse erweitern sich und die Thüren und Fenster sind kaum noch zu schließen infolge der Verschiebungen. Die Hinterfront des Hauses Rammberg 48 ist durch die neue Erschütterung zum Teil eingestürzt. Wie wird das noch enden! — Charakteristisch ist bei dieser Affaire die Stellungnahme der Eisl. Ztg. Man sollte meinen, dieses für die hiesigen Einwohner schwerschwiegende Ereignis müßte von ihr ausführlich und in Fettdruck behandelt werden. Keine Spur davon. Sie berichtet in ihrer gestrigen Nummer im lokalen Teile zunächst von der Versetzung eines Baurats, dann von der Generalversammlung des Harzklub-Zweigvereins, der sie nicht weniger als **78** Zeilen widmet, schließlich noch vom Infanterie-Verein und dem Trompeter-Korps, sowie der Nußbreiter Schützengilde und bringt endlich in **5** Zeilen die für die Einwohnerschaft so folgenschwere Nachricht von den Erdstößen. Für den Harzklub 78 und für die Erderschütterungen 5 Zeilen. Und das nennt sich „unabhängige“ Presse. Wem da nicht die Augen aufgehen, warum die Eisl. Ztg. die Sache so kurz behandelt, der — nun, der kennt eben die Eislebener „Verhältnisse“ nicht.

Aus dem Reiche.

Hamburg. Das freisinnige Fremdenblatt veröffentlicht folgendes Originaltelegramm, dessen welterschütternde Wichtigkeit natürlich die aufgewendeten Kosten lohnt: Berlin, 26. Januar. Der Kaiser besichtigte heute morgen die neue Georgenkirche. Als er in den Turm hinaufschaute, sagte er: „Merkwürdig ist es doch, solches Glockengeläute haben die Chinesen vor vielen tausend Jahren schon gehabt.“ Der Superintendent Wegner sagte darauf: „Da können wir vielleicht noch etwas in Kiao-Tschau lernen.“ Nun erwiderte der Kaiser: „Dazu wäre jetzt allerdings die beste Gelegenheit geboten, denn drei Kirchen müssen sie uns dort bauen.“ Später sprach der Kaiser den Wunsch aus, daß er gleich jedem anderen Menschen bei der Einweihung in die Kirche kommen wolle, und nicht erst, wenn sie bereits gefüllt sei.

Köln. Welcher Chauvinismus gegenwärtig blüht, zeigt ein „Kaiserlied“, welches bei dem Festessen der Behörden ꝛc. auf dem Gürzenich in Köln an erster Stelle gesungen worden ist. In diesem von Hofrat Johannes Fastenrat verfaßten Liede heißt es, daß „zielbewußt Deutschland gemacht werde zum Mittelpunkt der Welt“. Dann heißt es u. a., „der Handel kraft des Kaiserworts erschließt sich neue Bahn.“ Welche verworrene Vorstellungen muß der Verfasser vom Handel haben!

Straßburg. Der auf dem Wörthersee durch Einbrechen ins Eis Verunglückte ist der cand. med. Arthur Elikann, Sohn der Witwe Elikann hier. Der 23jährige junge Mann, der seine Studien nahezu vollendet hatte, war auf einer Studienreise begriffen. Die Leiche soll noch nicht gefunden worden sein.

Quittung.

Für die englischen Maschinenbauer:
Schlosser und Dreher 50 Mk. (4. Rate) durch Marken, davon 4 Mk. von mehreren Gelbgießern. Raue.
Die außenstehenden Listen Nr. 19—23 (Böttcher), 102 (Fabrikarbeiter), 106—108 (Steinsetzer) bitte abzuliefern.

Für die Redaktion verantwortlich: A. Weißmann in Halle.

Zu Narren-Abenden
unerreicht billige Preise von Narrenmützen für Gastwirte.
C. F. Ritter, Leipzigerstraße 90.

Stadt-Theater in Halle a. S.
Mittwoch den 2. Februar 1898
abends 7¼ Uhr
136. Vorstell. 35. Vorst. auß. Abonn.
Cavalleria rusticana.
Oper in 1 Aufzug von P. Mascagni.
Hierauf:
Margarete.
Oper in 5 Akten von Ch. Gounod.
(3. 4. u. 5 Akt.)

Donnerstag den 3. Februar 1898.
137. Vorst. 102. Abonn.-Vorst.
Farbe **rot.**
Faust.
Eine Tragödie in 3 Akten von Goethe.
(1. Abend.)

Walhalla-Theater.
Direktion: Richard Hubert.
Gänzlich neuer Spielplan!
Brothers Ceado, Bravour-Equilibristen auf der drehbaren Luft-Leiter. — Miß **Bianka Braselly**, Parterre-Gymnastikerin mit „Lawinenstürzen“. — Clown **Jigg** mit seinen abgerichteten Gänsen, Affen, Esel, Ziegen u. Hunden. — Die **Guitano**-Truppe, Pantomimen-Darsteller. (Auf den Dächern.) — Das **Fledermaus**-Trio, Damen-Gesangs- und Tanz-Terzett mit Verwandlungen. — Fräulein **Hermine Held**, Lieder- u. Konzert-Sängerin. — Herr **Albert Boehme**, Original-Gesangs-Humorist.
Beginn 8 Uhr. Ende gegen 11 Uhr.

Restaurant zum Südviertel,
Pfännerhöhe 28.
Mittwoch den 2. Februar
gr. Schlachte-Fest.
E. Herbig.

Salzquelle, Graseweg 15.
Morgen Mittwoch
großer Familien-Abend.
Kappen gratis.
Hierzu lad. freundl. ein **W. Hemer.**

Lumpen, Knochen, altes Eisen u. s. w. kauft zu höchsten Preisen
Aurisch, Ludwigstraße 13.

Zur bevorstehenden
Konfirmation
empfehlen in grösster Auswahl hervorragende Neuheiten in
schwarzen und farbigen Kleiderstoffen.
Leinenwaren, fertige Wäsche.
Korsetts. | Taillentücher. | Taschentücher | Schirme. | Handschuhe.
Kragen, Jacketts,
nur neue, geschmackvolle, gutsitzende Facons.
Verkauf wie bekannt zu sehr billigen festen Preisen.
Jeder am Lager befindliche Gegenstand ist mit deutlicher Preisangabe versehen, dadurch wird der Einkauf sehr erleichtert und ist jeder, auch der Nichtkenner, vor Verteuerung geschützt.
Neu aufgenommen: Konfirmanden-Anzüge
in grösster Auswahl, zu billigsten Preisen.
Brummer & Benjamin
Halle a. S., Gr. Ulrichstr. 23, Part., I. u. II. Et.

P. P.
Lade hiermit ganz ergebenst zu meiner am 1. Februar 1898 stattfindenden **Geburtstagsfeier** verbunden mit **Einzugsfest** ein.
Mit Gruß
C. Schmidt, Maler.
Restaurant zur „Albrechtsburg“,
Albrechtstr. 24, nahe der Wuchererstr.

Zu haben
in den meisten Kolonialwaren-, Drogen- und Seifen-Handlungen.

Dr. Thompson's Seifenpulver
DR THOMPSON'S · TRADE MARK · SCHUTZ-MARKE · SEIFEN-PULVER
ist das beste und im Gebrauch billigste und bequemste
Waschmittel der Welt.
Man achte genau auf den Namen **„Dr. Thompson“** und die Schutzmarke **„Schwan“**.

Schlosserlehrling, welcher schon ein Jahr in einer Fabrik thätig war sucht Stelle bei einem Schlossermeister. Gefl. Off. unt. **A. H. 100** an d. Exped. d. Bl.

Dank.

Für die vielen Beweise der herzlichen Teilnahme beim Begräbnis unserer lieben Mutter **Pauline** verw. **Rosenkranz** sagen wir allen, die ihren Sarg mit Blumen schmückten, unsern innigsten Dank.

Die tieftrauernden Hinterbliebenen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526218980202-13/fragment/page=0003

Gesang-Verein „Freiheit."

Sonnabend den 5. Februar abends 8 Uhr im großen Saale des „Prinz Karl"

5. Stiftungsfest

unter Mitwirkung der Bandonion-Vereine Leipzig und Halle-Giebichenstein. Dir. Herr Zenner.

Programms à 20 Pf. im Vorverkauf sind zu haben bei Herrn Restaurateur Faulmann, Gartenstraße, und in den Zigarrenhandlungen Ww. Sanow, Geiststraße, und Albrecht, Lindenstraße. Das Komitee.

Kaiser Wilhelms-Halle.

Sonnabend den 5. Februar

grosser Masken-Ball,

wozu ergebenst einladet **Wilhelm Lehmann.**

Eintrittskarten à 50 Pf. sind im Lokal zu haben.

Neues vom Büchermarkt.

Wider Junkertum und Pickelhaube! Von Rudolf Krafft, früherer bairischer Premierleutnant a. D. Preis 40 Pf.
Klassenpolitik und Sozialreform. Zwei Etats-Reden von A. Bebel. Zweite Auflage. Preis 15 Pf.
Marineforderungen, Kolonialpolitik und Arbeiterinteressen. Von Varus. Preis 25 Pf.
Wen wähle ich? Eine Agitationsschrift für die Reichstagswahlen 1898. Von Richard Calwer. Preis 10 Pf.
Die Kanone als Industriehebel nach nationalsozialem Rezept. Von R. E. Way. Preis 30 Pf.
Zu haben in der

Volksbuchhandlung
Bölbergasse 1.

„Friedrichskron",

Albrechtstraße 12.
Mittwoch den 2. Februar
gr. Familienabend. Kappen gratis
Für Unterhaltung ist bestens gesorgt.
Es ladet freundl. ein **Paul Porenberg.**

C. Hammer

42 Leipzigerstr. 42.
Spezialität:
Goldin-Uhren
mit Doppeldeckel.
3 Jahre Garantie.
Versand gegen Nachnahme.
Reparaturen:
Federeinsetzen 1 ₰, Glas
Zeiger Uhrring à 10 ₰.

Bleistifte,
Federhalter,
Schreibfedern,
Schulschreibhefte,
Schiefertafeln,
Schiefergriffel,
empfiehlt billigst
die Volksbuchhandlung,
Bölbergasse 1.

Herren- und Damen-Maske zu verm. Giebichenstein, Trotha-str. 34.

Anz. Schlafst. vorzb. Neumarktstr. 12, II.

Restaurant zur guten Quelle, Reilstraße.

Morgen Mittwoch den 2. Februar

erster grosser Narren-Abend.

Zu einem gemütlichen Beisammensein ladet erg. ein **Der Quellenwirt.**

Zeitz.

Dem geehrten Publikum von Zeitz und Umgegend bringe mein
Lager selbstgefertigter Bürsten, Besen und Pinselwaren
in empfehlende Erinnerung. — En gros und en detail. —
Achtungsvoll **Ernst Hessel, Zeitz, Neumarkt 25.**

R. Gottschalks

Masken-, Theater-Garderoben-Verleih-Institut
Kleine Ulrichstraße 25, I.
hält seine reichhalt. Auswahl neuer feiner
Herren- und Damen-Masken-Kostüme
bei solider Preisstellung bestens empfohlen.

Paul Schneider

Eisenwaren-Handlung
Merseburgerstr. 4.

Selbstgef. Kleiderschr. f. 24 ℳ, Vertikow, Betts., Kommode, Tische, Stühle, Sofas, bill. b. **K. Bieler,** Tischlerm. Geiststr. 31.

Bierdruck-Apparate, Gas-, Wasser- und Glühlicht-Anlagen, Glühstrümpfe, Zylinder u. Reparaturen. **Herm. Graegers** Nachfolger **Aug. Hoske,** Geiststr. 55.

Einen **Gehilfen** sucht **W. Naundorf,** Schuhmachermstr. Albrechtstraße 46.

Beibuch verloren. Gegen Belohnung abzugeben. **L. Kuckelt,** Königstr. 45.

Otto Knoll's Herren-Garderobe

befindet sich
36 Leipzigerstraße 36
oberhalb des Turmes, gegenüber vom „Roten Roß".

Schlafst. f. Herrn Geiststr. 21 H. III l.

Was ist Goodyear-Welt?

Die Goodyear-Welt-Methode ist eine nach den hierbei verwendeten Maschinen benannte **neue Methode der Schuhwaren-Fabrikation,** welche alle **Vorzüge der Handarbeit** mit allen **Vorzügen der Maschinenarbeit** vereinigt und somit allen meinen Fabrikations-Methoden **überlegen** ist.

Die allgemeinen Vorzüge der Maschinenarbeit sind bekanntlich: Schnelligkeit, Exaktheit und Billigkeit der Ausführung.

Die **besonderen Vorzüge** der **Goodyear-Welt-Arbeit** sind in der Hauptsache folgende:

1) Auf Goodyear-Welt-Maschinen lässt sich **nur das beste Material** verarbeiten, die Marke **„Goodyear-Welt"** bietet also den Abnehmern von vornherein eine **Garantie** für die **Güte des Leders** und der Zuthaten.
2) Bei der Goodyear-Welt-Methode bleibt der Schuh während des ganzen Anfertigungs-Prozesses auf dem Leisten, **die elegante Façon** wird dadurch **sorgfältiger herausgearbeitet** und verbleibt dem Schuh, bis er vollständig abgetragen ist.
3) Die **Goodyear-Welt-Maschinen** arbeiten mit grösserer Sicherheit, Sauberkeit und Eleganz, als alle anderen Maschinen und die menschliche Hand. Das hat bis jetzt jeder Fachmann und jeder Laie, der die Maschinen in Thätigkeit sah, bereitwillig anerkannt.
4) Zum Nähen dient nur vollständig mit heissem Pech durchtränktes Garn.
5) Die Stiefel enthalten keinerlei Nägel oder Stifte.
6) Der Sohle wird durch Maschinenkraft die Form der unteren Fussfläche gegeben.
7) **Goodyear-Welt-Schuhe passen daher vortrefflich, sitzen bequem** und sind **ausserordentlich haltbar,** leicht und elastisch.

Goodyear-Welt-Schuhe sind nach alledem nicht nur das eleganteste und dauerhafteste, sondern auch das dem Fusse zuträglichste Schuhwerk.

In **Goodyear-Welt-Schuhen** ermüdet man weniger als in anderen und bekommt keine Hühneraugen.

Ein Spezial-Geschäft von

Echt Goodyear-Welt-Schuhwaren

wird in diesen Tagen von der Firma

Leopold Sternberg

Grosse Ulrichstrasse 9

eröffnet und wird ein geehrtes Publikum **im eigenen Interesse** gebeten, mit dem Einkauf von Schuhwerk noch so lange zu warten.

Mitgliedern der Konsum-Vereine wird ein Rabatt von 5 Prozent bewilligt.

Verlag und für die Inserate verantwortlich: A. Wolf. — Druck der Hallischen Genossenschafts-Buchdruckerei (G. m. b. H.) Halle a. S.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526218980202-13/fragment/page=0004

Beilage zum Volksblatt.

Nr. 27. Halle a. S., Mittwoch den 2. Februar 1898. 9. Jahrg.

In einigen Monaten

steht das deutsche Volk wieder vor seiner wichtigsten Aufgabe, vor der

Reichstagswahl.

Wer sein heiligstes Recht, das allgemeine, gleiche und geheime Wahlrecht mit vollem Bewußtsein ausüben will, muß sich vorher über den Stand der politischen Verhältnisse allseitig informieren durch **regelmäßiges**

Lesen einer Tageszeitung.

Er muß ein Blatt lesen, das frei und offen die Rechte des Volkes vertritt, unbeschadet aller Verfolgungen und Verleumdungen, die es treffen. Der Arbeiter und Kleingewerbetreibende muß eine Presse haben, die entschieden Front macht **gegen die uferlose Flottenpolitik, gegen die China-Abenteuer, gegen** neue Aderlässe des Volkes in Gestalt von **indirekten Steuern, gegen die Aufhebung des Koalitionsrechts** nach dem Ideal der Stumm, Posadowsky u. s. w.

Das einzige Blatt, das für die Arbeiter und sonstigen kleinen Leute in Betracht kommt, ist das

Volksblatt.

Das hallesche Volksblatt ist offizielles Organ der Sozialdemokratie für acht Wahlkreise. Es vertritt rücksichtslos und ohne irgendwelche Furcht die Interessen der Armen und Unterdrückten. Es kritisiert freimütig die Mißstände, an denen unsere Gegenwart so reich ist, und wird auch ferner den Rat- und Hilfesuchenden eine Zuflucht bieten.

In keiner Arbeiterwohnung darf, besonders angesichts der bevorstehenden Reichstagswahl, das Arbeiterorgan, das hallesche Volksblatt, **fehlen.**

Heiß wird der Kampf bei der Reichstagswahl werden; unsere Gegner werden alles aufwenden, um ihren Plänen genehme Abgeordnete in den Reichstag zu senden. **In diesem Kampfe ist die Presse die beste Waffe.**

Darum Arbeiter, Kleingewerbetreibende, kleine Beamten, abonniert ein Blatt, das für euch kämpft, für euch arbeitet, für euch streitet.

Da das Volksblatt einen sehr ausgedehnten Verbreitungskreis hat, kann es auch allen Inserenten nur empfohlen werden und ist der Erfolg des Inserierens sicher ein guter.

Abonniere also jeder schon für Februar und März. Der Abonnementspreis beträgt für diese zwei Monate frei ins Haus 1 M., durch die Post bezogen 1.10 M.

Die bis jetzt erschienenen Nummern werden auf Verlangen gratis nachgeliefert.

Redaktion und Expedition.

Tagesgeschichte.

Wie Huldigungen zu stande kommen, dafür liefert ein Aktenstück, welches aus dem Amtsgeheimnis heraus den Weg in die Presse gefunden, ein neues Belegstück. Nach der Oberelsässischen Landeszeitung wurde vom Regierungsassessor an der **Mülhauser** Kreisdirektion, Freiherrn von Türcke, an die Bürgermeister des Kreises ein vertrauliches Rundschreiben gerichtet, in dem ihnen Ordre erteilt wird, vor dem 8. Februar an die Kreisdirektion zu berichten, ob der Pfarrer in der Predigt am Sonntag, 23. Januar, nach der von der bischöflichen Behörde ergangenen Weisung des Geburtstages des Kaisers Erwähnung gethan und ob ferner in dem von der Kanzel herab zu verrichtenden allgemein üblichen Gebet der Kaiser genannt wurde oder nicht.

Eine erbauliche Aufgabe für die Bürgermeister, in der Kirche Späherdienste zu thun! Noch erbaulicher die Aufgabe für die Geistlichen, bei Strafe kreisdirektorialer Ungnade über den Kaiser predigen und für ihn beten zu müssen!

*** **Den Befähigungsnachweis im Baugewerbe** verlangt eine Petition des konservativen Abgeordneten Felisch, welche derselbe im preußischen Abgeordnetenhause eingebracht hat. Das letztere soll den Bundesrat ersuchen, eine diesbezügliche Vorlage dem Reichstage ist unterbreiten.

Die lex Arons bildet naturgemäß den Diskussionsstoff in verschedenen wissenschaftlichen Zeitschriften. In den Preußischen Jahrbüchern kommt Professor Delbrück zu folgenden Ausführungen:

„Der Entwurf ist für die Universitäten nicht annehmbar und wenn die gesetzgebenden Faktoren ihn ihnen auferlegen sollten, so schlichtet er für die freie geistige Entwicklung unserer Zukunft große Gefahren ein. Es ist falsch, was die Begründung des Entwurfs sagt, daß man danach streben muß, „die Disziplinarverhältnisse der Privatdozenten denjenigen der staatlich angestellten Professoren möglichst anzunähern". Ganz umgekehrt: da es bei den Professoren als staatlich angestellten Beamten unumgänglich ist, daß sie unter der Disziplin eines staatlichen Disziplinarhofes stehen, trotz der Gefahren, die damit für die Freiheit der Wissenschaft verbunden sind, so ist es doppelt nötig, daß die Privatdozenten, denen nichts gegeben ist als die bloße Erlaubnis zu lehren, nicht unter eine staatliche Disziplin gestellt werden. Der vorgelegte Entwurf verlegt die definitive Entscheidung in den Disziplinarhof und das Staatsministerium. Beide Behörden sind dazu ungeeignet. Der Disziplinarhof, der gewohnt ist, über alle Arten von Beamten zu urteilen, die ihrem Berufe nach ganz besonders verpflichtet sind, ihren Vorgesetzten zu gehorchen, kann schlechterdings nicht das tiefere Verständnis für die ganz eigentümlichen, historisch gebildeten Verhältnisse unserer Universitäten, dieser wunderbaren Mitteldinge zwischen freier Korporation und Staatsanstalt, besitzen. Das Staatsministerium aber ist eine politische Behörde und kann einmal ein reiner Parteiausschuß sein."

Während Delbrück hier die letzte Entscheidung dem Staatsministerium oder dem Kultusminister überlassen will, tritt Professor Girke für das Oberverwaltungsgericht ein, und unseres Erachtens mit vollem Recht. Denn dem Kultusminister das letzte Wort überlassen, ist gewagt, da sich gerade Herr v. Bosse als derjenige entpuppt hat, der die lex Arons schon lange im Schilde führte, aber wiederholt eine gründliche Abfuhr erlitten hat.

*** **Fleißige Mittelstandsretter.** Die antisemitische Reichstagsfraktion hatte seiner Zeit den Rechtsanwalt **Bielhaben** zur Vertretung der Mittelstandsinteressen in die Justizkommission und in die Militärstrafprozeßreform-Kommission gewählt. Er glänzte jedoch so oft in den Kommissionssitzungen durch Abwesenheit, daß die antisemitische Fraktion diese „Vertretung" doch nicht für genügend ansah und an seine Stelle den durch die Knüppelaffaire bekannt gewordenen Pastor Iskraut in die Kommissionen wählte. Aber da war sie aus dem Regen in die Traufe gekommen, denn auch Iskraut hat bis jetzt noch keine einzige Sitzung besucht. Wie man sieht, ruht die Vertretung der Mittelstandsinteressen in recht guten Händen.

Eine Ablösung der Apothekenwerte scheint endlich von der Regierung in Preußen vorgenommen zu werden. Die Pharmacentische Zeitung erfährt, daß sämtlichen preußischen Apothekern durch die Regierungsmedizinalräte Ablösungsvorschläge, wie sie seitens des Ministeriums geplant sind, zur Meinungsäußerung unterbreitet werden sollen. Das Fachorgan spricht von einem Ankauf der Apotheken mittels vierprozentiger Papiere, wovon 3 Proz. für Verzinsung und 1 Proz. für Amortisation gerechnet werden sollen. In einem Zeitraum von 50 Jahren soll alles abgelöst sein.

*** **O, diese Wut!** Schrecklich ärgert sich das nationalliberale Leipziger Tageblatt, das bekanntlich auch Genosse Thiele während seiner dreimonatlichen Haft als „geistige Nahrung" hineinbekommt, darüber, daß unsere Genossen im Reichstage immer die tonangebenden für die geistige Höhe der Debatten sind. Besonders die Reden gegen den Staatssekretär Posadowsky wegen dessen geheimem Erlasses liegen ihm schwer im Magen. Es schreibt darüber:

„In den Straßen Berlins, besonders in der Friedrichstadt, wo sich das Geschäftslokal der National-Zeitung befindet, steht gerade jetzt ein sozialdemokratischer Unfug in voller Blüte. Allabendlich wird hier die Parlamentsausgabe der National-Zeitung von Straßenverkäufern angeboten. Dagegen ist natürlich nichts zu sagen, wohl aber gegen die Art und Weise, wie Käufer angelockt werden sollen. Das Trommelfell der Passanten wird durch den Donnerruf erschüttert: „Parlamentsausgabe der National-Zeitung, hochwichtige Rede des Abgeordneten Bebel"; am nächsten Tage wieder wird geschrieen: „Parlamentsausgabe der National-Zeitung, hochpolitische Rede des sozialdemokratischen Abgeordneten Fischer!" So geht es mit Grazie fort, als ob die Parlamentsverhandlungen überhaupt aus nichts bestünden, als aus sozialdemokratischen Reden.

Die Ausschreier haben naturgemäß das Prinzip, das der Kolporteur in der Operette Das Modell recht hübsch mit den Worten ausdrückt: „Klerikale, Liberale — Sozialisten, Anarchisten — alles ist nicht von Bedeutung, wenn ich nur verkauf die Zeitung." Es ist also anzunehmen, daß diese Leute eine gewisse Parteiordre von den „Genossen" erhalten haben (!!), die Zeitung in dieser Form auszubrüllen. Es soll damit der Eindruck erweckt werden, als ob die Sozialdemokratie der Mittelpunkt wäre, um den sich die innere deutsche Politik dreht. Ein ähnlicher Unfug wird in der Regel nach Reden des Kaisers ausgeübt. Da hört man in der Friedrichstraße vom Morgen bis zum Abend das Gebrüll: „Der Vorwärts! hochbedeutender Leitartikel über die Rede Seiner Majestät des Kaisers!" Auch hier wieder wird der Eindruck beabsichtigt als ob der Sozialdemokratie allein die politische Kritik auch gegenüber der höchsten Stelle zustände. Die Fremden, die nach Berlin kommen, bewegen sich fast ausschließlich in diesem Stadtteile, und Ausländer oder solche Deutsche, die mit der Politik nicht vertraut sind, müssen den Eindruck gewinnen, als ob Deutschland, zum wenigsten Berlin, gänzlich unter dem Zeichen der Sozialdemokratie stehe.

Daß die Reden der nationalliberalen Abgeordneten nicht verlangt werden, ist nur begreiflich.

*** **Einem „dringenden Bedürfnis"** will ein Komitee abhelfen, das sich neuerdings in Niedersachsen zusammengethan hat, um ein Denkmal zu errichten, da wir in Deutschland bekanntlich einen großen Mangel an Denkmälern aufzuweisen haben. Als Opfer der Denkmalswut ist diesmal — Karl der Große ausersehen worden. Würde er den Plan des Komitees wissen, er würde sich vielleicht jetzt noch dreimal im Grabe herumdrehen, um so mehr, als er es gerade war, der die Einführung des Christentums in Deutschland dermaßen „mild" betrieb, daß auf sein Geheiß an einem einzigen Tage nicht weniger als **4500** Sachsen enthauptet wurden, die sich nicht zum Christentum bekehren lassen wollten. Man sieht also, die Niedersachsen haben alle Ursache, die Zahl der Denkmäler um das Karls d. Gr. zu vermehren.

Ausland.

Amerika. Mac Kinley für die Beschränkung der Einwanderung. Es steht dem gegenwärtigen Präsidenten der Vereinigten Staaten, Herrn Mac Kinley, dessen Gesichtskreis nicht der weiteste ist, ganz ähnlich, daß er einem Herkommen, dem Nordamerika seine Prosperität verdankt, der freien Einwanderung, entgegenzuarbeiten sucht. Das Newyork Journal veröffentlicht eine Unterredung, die irgend jemand mit dem Präsidenten hatte. Bei dieser Gelegenheit wurde der Ausstand in den Neu-England-Staaten berührt und Mac Kinley sagte:

„Ich bin immer für Beschränkung der Einwanderung gewesen. Eine so große industrielle Störung, wie diese, fordert zu prompter Aktion auf. Die jetzt dem Kongreß vorliegende Bill zur Beschränkung der Einwanderung ist schon vom Senat genehmigt worden. Ich hoffe, daß das Repräsentantenhaus sie auch genehmigt wird. Meinen geringen persönlichen Einfluß werde ich jedenfalls dazu benutzen, daß es bald geschieht. Ich bin schon seit einiger Zeit zu der Ueberzeugung gekommen, daß sich in den Vereinigten Staaten ernste industrielle Störungen nicht vermeiden lassen, so lange wir die Thore unseres Landes jedem Ankömmling weit offen stehen lassen, wenn wir Einwanderer aufnehmen, während unsere eigenen Mitbürger keine Arbeit haben. Die Beschränkung der Einwanderung ist der erste Schritt zu dauernder Wohlfahrt."

Die amerikanischen Arbeiter stehen in ihrer Mehrzahl der europäischen Einwanderung gegenüber nicht auf dem Standpunkt des Herrn Mac Kinley. Hätten sich die Einwandernden nicht einfach der Lohndrückerei schuldig gemacht, so wären die von der Regierung geplanten Einwanderungserschwerungen überhaupt unmöglich gewesen.

Polizeiliches und Gerichtliches.

§ Und da sind die Posadowskys noch nicht zufrieden. Am 30. Oktober, nachdem der Maurerstreik in Leipzig vertagt worden war, kam der Hardarbeiter Emil Wachsmuth nach dem Palmengartenareal. Als er dort den Maurer Freudenberg gewahrte, der während des Streiks zu den alten Bedingungen gearbeitet hatte, schimpfte er ihn Vagabund, Stromer, Hund, du gehörst nicht hierher und gab ihm einen Stoß, daß F. zu Boden fiel. F. raffte sich auf und lief davon. W. eilte ihm aber etwa 200 Schritte nach und schlug ihn mit der Faust ins Auge. Als nun der Polier Böddel auf die Hilferufe F.s diesem helfen wollte, beschimpfte W. auch ihn und drohte, ihm das Messer in den Wanst zu stechen. Mit Rücksicht darauf, daß W. keine Veranlassung hatte, mit F. anzubinden, daß er angetrunken gewesen und schon zweimal wegen Beleidigung, Sachbeschädigung und Widerstandes bestraft ist, verurteilte das Gericht W. zu sieben **Monaten** Gefängnis. Wegen Fluchtverdachts wurde W. sofort in Haft genommen, obgleich er hier Arbeit hat, verheiratet ist und hier wohnt.

Parteinachrichten.

— Eine Agitationstour durch das Großherzogtum Baden unternimmt am 12. Februar der Parteigenosse C. Hoffmann aus Bielefeld. Es sollen dabei die kleineren Orte mehr als bisher berücksichtigt werden.

— Unser Parteigenosse Stadthagen hat ins Gefängnis gehen müssen, um eine Freiheitsstrafe von sechs Wochen abzubüßen, auf die gegen ihn wegen Beleidigung erkannt worden ist. Wir hoffen, daß die Gesundheit unseres Genossen im Gefängnis keine allzu schlimme Beeinträchtigung erleiden wird. Mehr den Rechtszustand, der darin liegt, daß ein Abgeordneter schnurstracks aus der Erfüllung seiner parlamentarischen Pflichten herausgerissen wird, um beim Rumfutsch für ein politisches Vergehen zu kasteien, ist kein Wort weiter zu verlieren.

Lokales und Provinzielles.

Halle a. S., 1. Februar 1898.

*** **Die neue Linie der Straßenbahn,** die durch die Alte Promenade nach dem Moritzburggraben und der Robert Franzstraße nach der Klausbrücke zugeht, wird von der Straßenbahnkommission dem Magistrat bezw. dem Stadtverordneten Kollegium zur Genehmigung empfohlen. Diese neue Linie ermöglicht den Anschluß an alle anderen Straßenbahnlinien. Da sie vor dem Stadttheater sich anschließt an die bestehenden Linien, so können in Zukunft auch diejenigen Gäste, die vielleicht Bahnhof, Markt, Giebichenstein fahren, Anschluß an die Linie zum Stadttheater finden.

*** **Eine neue Straßenbahn** soll von der Berlinerstraße aus über Diemitz, Reideburg 2c bis Büschdorf gebaut werden mit dem Auslaufspunkt in der Delitzscherstraße. So ist wenigstens der Plan der Erbauer unserer jetzigen Straßenbahn. Wenn dieses Projekt zu stande kommen sollte, dann wird es mit der bekanntlich schon längere Zeit geplanten elektrischen Bahn Halle-Leipzig nicht viel mehr werden.

* **Gestorben** sind in der vergangenen Woche 36 Personen und zwar an: Magenkrebs 2, Diphtherie 3, Lungen- und Kehlkopftuberkulose 2, Herzschwäche 3, Atrophie 1, Lungenentzündung 3, Krämpfen 2, Herzfehler 1, Gehirnschlag 1, Herzlähmung 1, Schwäche 2, Stimmritzenkrampf 1, Verengerung der Speiseröhre 1, Lungenerweiterung 1, Lungenödem 2, Tabes dorsalis 1, Brustfellkrebs 1, chron. Nierenentzündung 1, Magendarmkatarrh 2, Selbstmord durch Erhängen 1, schwerer Verbrennung 1, Gebärmutterkrebs 1, Blutung 1, Lungenschlagfluß 1. Darunter befinden sich 10 in hiesigen Krankenanstalten verstorbene Ortsfremde.

Zeitz. Am Freitag abend hielt im Felsenkeller der Arbeiterbildungs Verein seine Generalversammlung ab. Die Tagesordnung lautete: Bericht des Vorstandes, Vorstandswahl und Geschiedenes. Der Vorsitzende, Genosse Piorin, gab einen Rückblick über das verflossene Jahr. Leider sind die Wünsche des Vorstandes, dem Verein mehr Mitglieder zuzuführen und den Versammlungsbesuch zu heben, nicht in Erfüllung gegangen, hieran ist aber nicht der Vorstand, sondern die Gleichgültigkeit der Arbeiter und auch die vieler Mitglieder Schuld. Statt gefunden haben 19 Mitgliederund 1 öffentliche Versammlung. In diesen sind 13 Vorträge gehalten worden, die folgende Thematas behandelten: 2 politische, 7 sozialpolitische, 2 geschichtliche, 1 naturgeschichtlicher und 1 über Religionsfragen. Der Besuch in diesen Versammlungen belief sich im Durchschnitt auf 22 Mitglieder. Die höchste Zahl der Anwesenden war über 100 (in der öffentlichen Versammlung) die niedrigste Zahl 10. Mitglieder waren am Schlusse 1896 59, beigetreten sind im Jahre 1897 32, ausgetreten 31, demnach jetzt 60 Mitglieder. Ihrem Berufe nach stellt sich das Verhältnis wie folgt: Drechsler 3, Korbmacher 6, Schneider 3, Maler und Lackerer 4, Müller 3, Handschuhmacher 6, Zigarrenmacher 7, Tischler 7, Barbier 1, Böttcher 2, Zimmerer 2, Schmied 1, Former

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526218980202-13/fragment/page=0005

1, Bildhauer 1, Stellmacher 1, Buchhändler 1, Schuhmacher 2, Arbeiter 8, Töpfer 1.

Ueber den Stand der Kasse giebt der Kassierer Aufschluß. Darnach betrug die Gesamteinnahme im letzten Quartal 82.10 Mark, die Ausgabe 35.11 M., so daß ein Bestand von 46.99 Mark verbleibt. Die Gesamtjahreseinnahme ist folgende: Bestand am Schluß 1896 6.99 M., dazu sind vereinnahmt 240.05 M., macht 247.04 M. Die Gesamt-Ausgabe belief sich auf 200.05 M. Bestand also 46.99 M.

Der Bibliothekar berichtet, daß im letzten Jahre ausgeliehen sind 128 Bücher. Die Bibliothek selbst besteht aus 256 Bänden, von denen 104 politischen und nationalökonomischen Inhalts, 50 Bände wissenschaftlichen und geschichtlichen Inhalts, 54 Bände Erzählungen, Romane, Klassiker und 48 Bände verschiedenen Inhalts (Gesetzbücher, Lexika 2c.) sind. Die Bibliothek repräsentiert einen Wert von 955.50 Mk.

Angeregt wird hierbei, daß die Gesetzbücher, welche sich gegenwärtig beim Genossen Leopoldt behufs Auskunftserteilung befinden und die früher der Redaktionsbibliothek des Volksboten angehörten, dem Bibliotheksbestande des Bildungsvereins zugeschrieben werden sollen.

Nach einer kurzen Diskussion, in welcher Anregungen zur Belebung der Versammlungen gegeben werden, wird zur Vorstandswahl geschritten. Gewählt werden Genosse Leopoldt als 1. Vorsitzender, Gen. Kliz als 2. Vorsitzender, Gen. Degner als Kassierer und Gen. Stötzner als Schriftführer. Hierauf folgt die Wahl der drei Revisoren und des Bibliothekars.

Im weiteren werden noch einige Fragen erörtert, die längere Zeit in Anspruch nehmen.

So tritt denn nun der Bildungsverein ein neues Jahr seiner Thätigkeit an, und es ist nur zu wünschen, daß die Mitglieder endlich eine regere Teilnahme zeigen. Das gegenwärtige Jahr ist bedeutungsvoll, in ihm sollen die Wahlen zum Reichstag stattfinden. Jeder denkende Arbeiter weiß, welch hohe Bedeutung das für die Arbeiterschaft hat. Der Bildungsverein wird ein gut Teil der Arbeiten zu erledigen haben, die zum Verständnis für die Bedeutung der Wahlen führen. Mögen deshalb die Arbeiter zahlreich die Versammlungen besuchen.

Naumburg. Weitere Entwickelung des **Kommunal-Panamino.** Voraussichtlich wird die Stadtverordneten-Versammlung als solche im Falle Kraatz auch fernerhin — nichts thun. Die zur Einberufung einer außerordentlichen Sitzung hier nötigen 8 Unterschriften sind nicht zu beschaffen. In der sogen. besseren Gesellschaft, die gegen Kraatz ist und die allen Grund hätte, sich jetzt zu rühren, zieht man sich vornehm „zurück". Diese Edleren sind Soldaten vergleichbar, die beim Sturm auf eine feindliche Schanze plötzlich Gewehr über nehmen, Kehrt machen und erklären: „Nein, diese Schanze ist für uns nicht gut genug!"

Bei der Feier am 27. wurde Kraatz noch der Ehre für würdig erachtet, den Kaisertoast auszubringen. Er entledigte sich dieser Aufgabe zeitgemäß flottenpatriotisch, ohne zur Wahrheit und Treue zu ermahnen, aber in den üblichen „zündenden" Worten. Später war er mit seinen Getreuesten, Justizrat Wilde, Geheimrat Dr. Köster, den Stadtverordneten Leine, Bollmann 2c., beim „Verein ehemaliger Jäger und Schützen" zu Gaste, dessen Ehrenvorsitzender Wilde ist. Die Stimmung soll eine ganz unbeschreiblich „begeisterte" gewesen sein. Nach einem urgermanisch guten Trunke flammten Mut und Kraft in teutschen Seelen lichterloh und es entwickelte sich die gehobenste Schützenfest-Stimmung. Einige nichtstudierte Rechtskundige meinten zum Trost mancher noch immer leise bekümmerten Wohlmeinenden, Kraatz werde unzweifelhaft alle Belastungszeugen meineidig machen! Als Männer der Wissenschaft behandelten Wilde und Köster je ein „äußerst geistreiches Thema". Wenigstens berichtet Hirschfelder so, auf den man sich in solchen Sachen unbedingt verlassen kann. Er feiert auch Köster als einen alten Forscher, der sich in Gelehrtenkreisen längst seinen Ruf fest begründet hat. Leine, in welchem Kraatz als gewiegter Menschenkenner nicht erst seit heute ein außergewöhnliches Rüstzeug erkannt hat, redete am zündendsten. Er soll gesagt haben, er verstehe nicht nur Bürsten und Pinsel, sondern auch scharfe Besen zu machen, mit denen aller Unrat aus unserer guten Stadt endlich einmal weggefegt werden müsse. Wenn die Fegekraft des Herrn Leine so entwickelt ist, wie sein Gemüt und Gefühl tief sind, dann geht es den kommunalen Umstürzlern an den Kragen! Ist doch von diesen rohen Burschen bereits der niederträchtige Vorschlag gemacht worden, Herrn L. auf Stadtkosten dereinst in Marmor aushauen zu lassen und ihn, mit der Rettungsmedaille geschmückt und mit seinem stadtrettenden Besen in der Hand, auf den Marktbrunnen an die Stelle des jetzigen Rolands zu stellen! Die Männer des kommunalen Rütli-Bundes sollen aber dem Fegeplan Leines begeistert zugestimmt haben und so entwickelte sich weiter noch manche schöne rührende Familienszene. Man sah flottenpatriotische Männer Arm in Arm über den Marktplatz kreuzen, bemüht, in einem Hafen vor Anker zu gehen, der in Gestalt einer Bairisch-Bier Kneipe dort winkte. Am nächsten Morgen durften sich manche der Guten über diese Stunden gar nicht recht standesgemäßer Brüderschaft nicht wenig gewundert haben. Doch wo Licht, ist auch Schatten. Wie wir hören, hat ein Stadtverordneter beim Minister des Innern nochmals den Antrag auf schleunige Amtsentsetzung des Kraatz eingereicht und eingehender begründet. Auch das Domkapitel soll als Antwort auf eine von Kraatz herausgegebene „Denkschrift" eine höllisch gepfefferte Gegenschrift haben drucken lassen. Trifft das zu, was erzählt wird, so ist Kraatz von neuem in solcher Weise bepackt, daß ihm gar nichts anderes übrig bleiben wird, als das Domkapitel, d. h. den General von Voigts Rhetz Exzellenz, schleunigst zu verklagen. Stoßen aber diese zwei Töpfe zusammen, so ist die Frage gewiß interessant: welcher von beiden wird sich als der thönerne erweisen?

Stadttheater.

Carmen.

g Bizets geniale Oper „Carmen", ein farbenprächtiges Bild nationalen Lebens aus dem Süden, ging gestern abend zum zweitenmal in Szene. Wer ein „fleißiger" Theaterbesucher ist, und die jetzigen Opernkräfte kennt, der muß zugeben, daß wir keine Sängerin an unserer Bühne haben, die zu einer Carmen-Aufführung geeignet ist. Damit soll nicht etwa gesagt sein, daß wir keine tüchtigen Kräfte haben, aber gesagt werden, daß die Rolle der Carmen, sowohl in gesanglicher als in schauspielerischer Beziehung, ziemliche Eigenartigkeiten erfordert. Die beste Sängerin ist nicht immer eine gute Carmenvertreterin. Dieses weiß unser Theaterdirektor ganz genau, und deshalb war es eine gute Wahl, daß Herr Richards zu der Carmen-Aufführung eine Südländerin, Madame de Teriane vom königlichen Theater in Rom engagierte. Die graziöse und verlockende, aber auch fruchtbare und gefährliche Zigeunerin Carmen fand in der Gastspielerin eine würdige Vertreterin. Sie verstand es, mit den tiefsten Gefühlen des Herzens ein frivoles Spiel zu treiben. Wie ein Dämon wirkte sie auf den sentimentalen Don Jose, dessen Menschenglück ihr nichts galt. Eben so schnell, wie sie ihn durch ihr gewaltiges Mienenspiel „besessen" gemacht hatte, ließ sie ihn auch wieder fahren; sein Leben war ihr, nachdem sie den mutigen und kraftvollen Stierfechter Eskamillo durch ihre wechselnde Liebe „gefangen" genommen hatte, wertlos. Alle diese bösen Eigenschaften, die Sucht zum Wechsel im Genusse, verstand die Gastspielerin übergenügend darzustellen. Kurz und gut, mit ihrer Carmen hat sich die Künstlerin ein glänzendes Zeugnis ausgestellt. Der Genuß wäre natürlich für die Theaterbesucher noch ein größerer, wenn er die Muttersprache der Italienerin verstehen würde.

Die Rolle des Don Jose (Herr A. Stritt), der sich aber der körperlich schwachen Zigeunerin gegenüber etwas stark ausnahm, wurde gesanglich ganz vortrefflich dargestellt. Die Mikaelapartie ruhte in den Händen des Fräulein v. Kuhnenfeld. Sie verstand es, die gefühlvolle Unschuld sehr gut hervorzuheben. Herr Dingeldey bot als Eskamillo sein Möglichstes und die anderen Darsteller und Darstellerinnen trugen zum Gelingen des Ganzen bei. Die Ausstattung ist neu und prachtvoller als früher. Das Ballett, arrangiert von der Ballettmeisterin Adele Stahlberg Wiest, war vorzüglich. Die Darsteller und besonders die Gastspielerinnen wurden wiederholt mit einem wahren Enthusiasmus vom Publikum vor die Rampe gerufen. Wer ein Theater- und besonders Musikfreund ist, dem kann nur empfohlen werden, sich das dritte Gastspiel der Madame de Teriane einmal anzusehen. Zu bedauern ist es aber, daß auf den billigen Plätzen auch erhöhte Preise gefordert werden.

Gerichtssaal.

Strafkammer.

Halle, 29. Januar.

Beachtet die kleinen Kinder, dieser Warnungsruf kann nicht oft genug wiederholt werden in einer Stadt, in welcher durch Straßenbahnen und viele andere Fahrzeuge mancherlei Gefahren drohen. Am 10. November v. J. passierte in der Mansfelderstraße in der Nähe der drei Kugeln (Restaurant) ein bedauerlicher Unglücksfall, durch welchen der zweijährige Albert Böttcher von hier sein Leben einbüßte. Verschuldet haben sollte das Geschehnis der 40jährige Motorwagenführer Louis Hecht von hier, bisher unbestraft, der wegen fahrlässiger Tötung, begangen durch Außerachtlassung der Berufspflicht, unter Anklage stand. Hecht, der schon fünf Jahre Motorwagenführer ist, fuhr am genannten Tage nach dem Hettstedter Bahnhof und bemerkte, daß an dem Thorwege des Restaurants zu den drei Kugeln auf dem 3 Meter vom Geleise entfernten Trottoir mehrere Kinder spielten. Die 11jährige Martha Böttcher hatte ihren kleinen Bruder, der von der rechten nach der linken Straßenseite hinüberlaufen wollte, an die Hand gefaßt und hielt ihn zurück. Der kleine Knabe hatte sich aber unbemerkt losgemacht und lief auf den Motorwagen zu. Der Wagenführer will den letzteren Vorgang gar nicht bemerkt haben; er riß mit dem Wagen den Knaben um, infolgedessen die Räder über die Oberschenkel gingen. Die Beine des Knaben waren arg zerstümmelt; ein starker Blutverlust und eine Nervenerschütterung ist nach ärztlichem Gutachten die Todesursache gewesen. Wie das Unglück geschehen ist will sich der Angeklagte gar nicht erklären können. Er erklärt, von dem an jener Stelle aufgerissenen Pflaster seien nach dem Vorgange die Arbeiter auf ihn zugekommen und hätten ihn totschlagen wollen; ein Sergeant sei ihm, dem Angeklagten aber zu Hilfe gekommen. Am Restaurant zu den drei Kugeln habe er ein Glockenzeichen gegeben und als er mit dem Vorderperron seines Wagens und den Kindern in gleicher Linie gewesen sei, habe er seine Blicke nach der Brücke gerichtet. Ein Augenblick der Unachtsamkeit muß es gewesen sein, das Unglück herbeizuführen. Die 11jährige Martha Böttcher bekundet, ein Glockenzeichen nicht gehört zu haben. Zwei Arbeiter, die dort mit dem Rohrlegen beschäftigt waren, bestätigten die Angabe des Mädchens. Letztere Zeugen meinten, sie hätten das Unglück schon vorher kommen sehen und deshalb dem Wagenführer, der vor sich hinblickte, ein „Halt" entgegengerufen. Die 11jährige Martha habe noch versucht, den Knaben zurückzuziehen, als das Unglück geschah. Der Staatsanwalt meinte, der Kausalzusammenhang sei erwiesen und beantragte 6 Monate Gefängnis. Der Gerichtshof sprach den Angeklagten aber frei, da er habe nicht voraussehen können, daß das verunglückte Kind von der größeren Schwester weglaufen würde und er nicht im stande gewesen sei, den Wagen in dem Moment, als das Kind in das Unglück hineinlief, zu halten.

Ein liebloser Vater hatte sich in der Person des 47jährigen Zimmermanns August Thieme aus Höhnstedt bei Eisleben, vorbestraft wegen Diebstahls, Bedrohung und Anstiftung zur Körperverletzung, zu verantworten. Er war vom Schöffengericht zu Eisleben wegen gefährlicher Bedrohung seines 18jährigen Sohnes zu 4 Wochen Gefängnis verurteilt worden, gegen welches Urteil er, sowie auch der Staatsanwalt Berufung eingelegt hatte. Die Familienverhältnisse des Angeklagten sind tieftraurige; er ist ein Trinker und behandelt seine Frau und seine sechs Kinder sehr schlecht. Beschimpfungen und Drohungen aller Art waren an der Tagesordnung; mit seiner Ehefrau liegt der Angeklagte in Scheidung, jedoch hat erst ein Sühnetermin stattgefunden. Der zur Anklage stehende Vorfall hat sich im August v. J. abgespielt, als der Angeklagte mit seinem Sohne in Streit geraten war und der Vater den Sohn bedroht hatte mit den Worten: „Komm her, verfluchter Kröpel, ich mache Dich infam." Angeklagter will durch seinen Sohn zuerst beschimpft worden sein. Diese Angabe wird aber widerlegt. Der Sohn und die Ehefrau lassen sich vernehmen und bekunden, daß der Vater auf des Sohnes Erwiderung: „Ich bin kein Kröpel, Du bist eher einer gewesen" nochmals gesagt habe, er könne ihn infam machen, er habe die Mittel dazu. Das „Infam"machen bedeutet nach der Angabe der Ehefrau so viel wie blind machen. Die Ehefrau erklärt, ihr Mann habe öfter vom Blindmachen gesprochen und er habe zu diesem Zwecke in dem Bett unter der Matratze eine Flasche Schwefelsäure versteckt gehalten. Sie habe aber die Schwefelsäure beseitigt und Wasser in die Flasche gefüllt, um Gefahren zu verhüten. Der Staatsanwalt erachtete die erstinstanzliche Strafe für zu gering und beantragte heute 4 Monate Gefängnis. Der Gerichtshof verwarf aber beide Berufungen und erklärte die verhängte Strafe für angemessen.

Wegen eines Roheitsvergehens war der 21jähr. Grubenarbeiter Mathias Strugalla aus Holzweißig bei Bitterfeld, geb. in der Provinz Posen, bisher unbestraft, angeklagt. Der Angeklagte hatte in der Nacht vom 12. November v. J. auf der Grube Auguste bei Bitterfeld den Grubenarbeiter Matkowiack nach stattgehabtem Wortwechsel im Streite mit einem Hohleisen (Handwerkszeug) auf den Kopf geschlagen, so daß der Verletzte 10 Tage arbeitsunfähig im Krankenhause zubringen mußte. Der Angeklagte giebt zu, die That begangen zu haben; er behauptet aber, er sei durch den Verletzten gereizt worden, weil ihn dieser wegen seines Anzuges verlacht und verspottet habe. Der Staatsanwalt beantragte 6 Monate Gefängnis; der Gerichtshof verhängte aber mit Rücksicht auf die bisherige Unbestraftheit und auf das reuige Geständnis und in Erwägung des Umstandes, daß sich der Angeklagte mit dem Verletzten wieder geeinigt habe und letzterem kein dauernder Nachteil zugefügt worden ist, eine Geldstrafe von 60 M. oder 20 Tage Gefängnis.

Ein Sittlichkeits-Verbrechen erheblicher Art wurde dem 44jährigen Arbeiter Wilhelm Schwarz von hier, geb. in Wildheim, Kreis Löbau, zur Last gelegt. Der Angeklagte ist vorbestraft wegen geringfügiger Vergehen und soll sich gegen ein 5jähr. Mädchen nach § 176, Abs. 3 des Str.-G.-B. vergangen haben. Die Verhandlung entzog sich wegen Sittengefährdung der Oeffentlichkeit und hatte das Ergebnis, daß der Angeklagte wegen Vornahme unzüchtiger Handlungen zu 4 Jahren Zuchthaus und 4 Jahren Ehrverlust verurteilt wurde; auch wurde des Angeklagten sofortige Verhaftung beschlossen. Das mißbrauchte Kind ist schwer verletzt.

Ebenfalls unter Ausschluß der Oeffentlichkeit wurde verhandelt gegen den 35jährigen Geschäftsführer Friedrich Karl Richard Scholze von hier, geb. in Oschatz, vorbestraft wegen Unzucht und Unterschlagung. Der Angeklagte wurde der Kuppelei beschuldigt und deshalb zu 3 Monaten Gefängnis verurteilt. In dem Urteil hieß es, er habe nicht gewohnheitsmäßig aber aus Eigennutz gehandelt, weil sein Treiben darauf gerichtet war, sein Restaurationsgeschäft dadurch zu heben, um höhere Einnahmen zu erzielen.

Quittung.

Zum Wahlfonds:

im Thorschlößchen gesammelt 2.60 Mk. Groß.

Standesamtliche Nachrichten.

Halle, 28. Januar.

Aufgeboten: Der Fleischer Michler und Anna Ufer (Freiimfelderstr. 36). Der Fleischermstr. Fleischer und Marie Stoye (Sandersdorf). Der Schlosser Hanitzsch und Elisabeth Stellmacher (Reilstr. 129 und Giebichenstein).

Geboren: Dem Handarbeiter Engelhardt ein S. (Glauchaerstr. 42). Dem Malermeister Berbig ein S. (Thorstr. 20). Dem Kutscher Elinske ein S. (Spitze 38). Dem Postassistenten Bindrich eine T. (Berlinerstr. 30). Dem Schmied Striesenow ein S. (Mansfelderstr. 53). Dem Kaufmann Zeiß ein S. (Fischerplan 7). Dem Schlosser Schwarz eine T. (Pfännerhöhe 46). Dem Handarbeiter Huske ein S. (Saalberg 20). Dem Barbier u. Friseur Hieckmann eine T. (Neue Promenade 8). Dem Brauer Lepiz eine T. (2. Vereinsstr. 6). Dem Handarbeiter Stecher eine T. (Barfüßerstraße 18/19). Dem Handarbeiter Zemski eine T. (Pfännerhöhe 46). Dem Drechsler Brinkmann ein S. (Steinweg 18). Dem Gelbgießer Barth ein S. (Ludwigstr. 22). Dem Mechaniker Gittermann eine T. (Wolfstr. 23). Dem Handarbeiter Krickemeier eine T. (Mansfelderstraße 43). Dem Postschaffner Meyer ein S. (Krukenbergstr. 17). Dem Privatmann Schütt ein S. (Germarstr. 7). Dem Viktualienhändler Müller eine T. (Kl. Klausstraße 14). Dem Schneidermstr. Lobe ein S. (Anhalterstr. 2). Dem Schriftsetzer Krüger ein S. (Annenstr. 1).

Gestorben: Der Holzhändler Lüttig, 58 J. (Magdeburgerstr. 58). Des Landwirt Jordan Ehefrau Mathilde geb. Horwicz, 61 J. (Diakonissenhaus). Der Handarbeiter Kowol, 40 J. (Klinik). Der Stations-Aspirant Wieczorek, 27 J (Klinik). Der Landwirt Sturm, 29 J. (Kl. Steinstr. 7/8).

Halle, 29. Januar.

Aufgeboten: Der Arbeiter Rudy und Katharina Selwat (Ihringshausen und Bettenhausen). Der Schneider Weber und Luise Hildebrandt (Schraplau und Wansleben) Der Kaufmann Nickel und Elisabeth Holland (Halle und Steinbach-Hallenberg). Der Artist Kehrt gen. Walden und Lilly Craß (Halle und Magdeburg). Der Militär-Invalide Mohaupt und Bertha Beez (Gnadendorf). Der Arbeiter Reszynski und Josephine Bannach (Czerk und Schlachta).

Eheschließungen: Der Fabrikarbeiter Marszalek und Angela Kowalski (Schmiedstraße 33 und Liebenauerstraße 168). Der Klempner Schwedler und Minna Rewitz (Berlin und Beesenerstraße 20). Der Lokomotivhilfsheizer Busse und Ida Dymke (Friesenstraße 7 und Krausenstraße 26). Der Tischler Lehmann und Luise Pötzsch (Leipzigerstraße 3 und Beesenerstraße 18). Der Bildhauer Schneider und Elsbeth Henze (Forst und Lessingstraße 23). Der Hilfsbremser Sander und Elisabeth Galow (Leipzigerstraße 59 und Mühlrain 9).

Geboren: Dem Handarbeiter Dietrich ein S. (Feldstraße 2). Dem Steindrucker Weber eine T. (Schillerstraße 25). Dem Handarbeiter Lotze eine T. (Landwehrstr. 3). Dem Tischler Reiche ein S. (Schlosserstraße 7). Dem Bierfahrer Teichmann eine T. (Großer Berlin 12). Dem Handarbeiter Preller ein S. (Breitestraße 18).

Gestorben: Des Arbeiter Oppermann S., 2 J. (Diakonissenhaus). Des Zimmermann Wendt Ehefrau, Friederike geb. Naucke, 51 J. (Albert Schmidtstraße 1). Des Fabrikarbeiter Becker S., 2 J. (Klinik). Des Zimmermann Greif Ehefrau, Therese geb. Mögling, 39 J. (Klinik). Des Tischler Leuchte Ehefrau, Auguste geb. Görlitz, 59 Jahre (Klinik).

Giebichenstein, vom 26. bis 28. Januar.

Aufgeboten: Der Drechsler Süße und Klara Langheinrich (Halle). Der Schlosser Hanitzsch und Elisabeth Stellmacher geb. Schubert (Halle und Trothaerstraße 33).

Geboren: Dem Maler Hennig ein S. (Eichendorffstraße 1). Dem Handarbeiter Ehrling eine T. (Reilstraße 28). Dem Geschirrführer Kind gen. Schönherr eine T. (Triftstraße 32). Dem Schriftmaler Seifert eine T (Adolfstraße 4).

Gestorben: Des Fabrikschmied Stötzner S., 1 J. (Auguststraße 54). Frau Bleck geb. Buhle, 64 J. (Advokatenstraße 10a).

Für die Redaktion verantwortlich: A. Weitzmann in Halle.

Allgem. Konsum-Verein, Trotha.

Die Auszahlung der Dividende findet statt für die Filiale Teicha am Donnerstag den 3. Februar vom nachmittags 1 bis 7 Uhr in Stoyes Gasthof, für Trotha am Freitag den 4. Februar für die Buchnummer von 1 bis 450 und Sonnabend den 5. Februar von 451 bis zum Schluß von nachmittags 1 bis 7 Uhr in Bernsteins Restaurant.

Der Vorstand.

Hierdurch erlaube ich mir ergebenst mitzuteilen, daß ich das

Gesellschaftshaus „Kaiser Wilhelmshalle"

Neue Promenade 8

(früherer Besitzer: L. Schönemann)

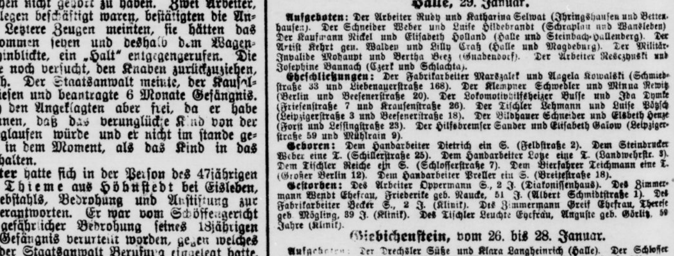
käuflich übernommen habe.

Es wird mein Bestreben sein, den Ruf des Hauses durch **gute Bedienung** und Verabreichung **vorzüglicher Speisen und Getränke** in jeder Hinsicht zu bewahren.

Insbesondere empfehle ich den geehrten Vereinen sowie dem werten Publikum meine renovierten Festsäle und Gesellschaftsräume zur gefl. Benutzung.

Mit vorzüglicher Hochachtung

Wilhelm Lehmann.



Bücklinge! Bücklinge!

Montag und Mittwoch in Doppelladung eingehend offeriere die Bahnkiste, ca. 6 Kilo, mit **70** Pf.

Rich. Pfeiffer

Nikolaistraße 6. Händelhaus.

Verlag und für die Inserate verantwortlich: August Groß. — Druck der Halleschen Genossenschafts-Buchdruckerei (E. G. m. b. H.) Halle a. S.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526218980202-13/fragment/page=0006